



1 2 3 4 **5** 6 7 8 9

Die Rolle der Kommunen

bei der (geschlechter-)gerechten
Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele

Agenda 2030 kommunal



wecf Women Engage
for a Common Future

www.wecf.org

SOMMER • 2018

Impressum



© WECF 2018

Diese Publikation wird von WECF herausgegeben – Women Engage for a Common Future e.V.
München, Juni 2018

Autorinnen: Freya Finnern, Katharina Habersbrunner, Annemarie Mohr, Dr. Anke Stock, Konzept: Katharina Habersbrunner, Anja Rühlemann
Konzept: Katharina Habersbrunner, Anja Rühlemann
Design: Veronique Grassinger
Kommunikationsberatung und Redaktion: Krisztina André
Titelbild: deENET e.V.
Bilder: Bernd Schuller, WECF; deENET e.V., K. André, icons created by Nicholas DeForest / Roman J. Sokolov / Rediffusion / Jens Tärning / Martin Lebreton / David Courey / Bakunetsu Kaito from the Noun Project, Seite 8-9: pilot_micha, Panorama Bad Neustadt am 10.06.2017, Attribution-NonCommercial 2.0 Generic (CC BY-NC 2.0), <https://www.flickr.com/photos/70008341@N00/35302212216>, Shubhangi Singh (Survival Media Agency)
Druck: Prinzipia.de

www.wecf.org
Women Engage for a Common Future

WECF Nederland

Korte Elisabethstraat 6
3511 JG Utrecht
Niederlande
Tel: +31/30/231 03 00
Fax: +31/30/234 08 78
wecf@wecf.eu

WECF France

Cité de la Solidarité Internationale
13 Avenue Émile Zola
74100 Annemasse
Tel: +33 /4/ 50 834 814
wecf@wecf.eu

WECF Deutschland

St.-Jakobs-Platz 10
D-80331 München
Deutschland
Tel: +49/89/23 23 938 0
Fax: +49/89/23 23 938 11
wecf@wecf.eu

Ermöglicht wurde die Publikation durch die finanzielle Unterstützung von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und der Europäischen Union. Für den Inhalt dieser Publikation ist allein WECF e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Engagement Global gGmbH, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und der Europäischen Union wieder.

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autorinnen und bei WECF.

- WECF hat beratenden Status beim ECOSOC (Economic and Social Council) der Vereinten Nationen
- WECF ist offizieller Partner des United Nations Environment Programme (UNEP)
- WECF ist Mitglied des Europäischen Komitees für Gesundheit und Umwelt (EEHG)

Gefördert durch:



Spendenkonto:

Deutschland

WECF e.V.
Stadtparkasse München
Kontonummer: 1313 90 50
BLZ: 701 500 00
IBAN: DE68 7015 0000 013 1390 50
BIC: SSKMDEMM

Diese Broschüre wurde auf 100% Recycling Naturpapier gedruckt.

Inhalt

1 Einleitung	4
2 Und nun, Deutschland? - Peer Review der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie DNS	6
3 Kommunen als zentrale Akteure	8
3.1 Agenda 2030 kommunal – Umsetzung der SDGs in Städten und Gemeinden*	8
3.2 Kommunale Nachhaltigkeitspolitik – was Städte und Kommunen brauchen	9
3.3 Warum deutsche Kommunen und Städte die SDGs umsetzen sollten	10
4 Eine geschlechtergerechte Agenda 2030	12
4.1 Geschlechtergerechtigkeit in den SDGs*	12
4.2 Die geschlechtergerechte Implementierung der SDGs – einige methodische Ansätze*	14
5 Good Practice: Es gibt erfolgreiche und sichtbare gendergerechte Planung und Projekte	15
5.1 Gendergerechte Stadtplanung Wien-Meidling*	15
5.2 Good Practice: Interview mit Elke Wolf zur Kampagne: His or Hers*	18
6 Gender-Ranking deutscher Städte. Mehr Macht für Frauen – der Weg führt über die Quote*	20
7 Im Gespräch über SDGs und Geschlechtergerechtigkeit	22
7.1 Interview mit Dörthe Domzig - SDGs und Gender in der Stadt Heidelberg*	22
7.2 Interview mit Lydia Dietrich - SDGs und Gender in der Stadt München*	24
8 Internationale Bezüge	25
8.1 Stadt für Stadt die Welt verbessern – New Urban Agenda	25
8.2 Eine internationale Perspektive - Die Rolle der SDGs in Uganda	27
9 Was hat Geschlechtergerechtigkeit mit Klimawandel und Klimapolitik zu tun?	29
10 Ergebnisse der empirischen SDG-Umfrage von WECF*	34
11 Fazit: Agenda 2030 für Kommunen – Zusatzbelastung oder Rückenwind?	37
I WECF im Kurzporträt	38
II Autor*innen und Interviewpartner*innen	39
III Gender Budgeting Beispiel: Bezirksvoranschlag 2018 Meidling	40
IV Zum Weiterlesen	42
V Abkürzungsverzeichnis	42

* Die Beiträge entstanden im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen mit „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global“ im Jahr 2017

1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |

Die „Agenda 2030“¹ mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ist ein globaler Aktionsplan der Vereinten Nationen, der von der UN-Generalversammlung im September 2015 verabschiedet worden ist.

1) www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf

1 Einleitung

10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |

Niemanden zurücklassen

Die Agenda 2030 steht unter dem Titel „Transformation unserer Welt“ und zeigt damit den Anspruch des globalen Aktionsplans, grundlegende Veränderungen hin zu einer nachhaltigen und gerechten Welt voranzutreiben. Grundvorstellung ist, dass eine nachhaltige Entwicklung nur dann möglich ist, wenn Umwelt und Klima geschützt und erhalten werden sowie alle Menschen berücksichtigt, beteiligt und in allen Lebenslagen gleichberechtigt behandelt werden. Entwicklung darf und kann nicht auf Kosten des Planeten oder der Lebensumstände anderer Menschen und Gesellschaften erfolgen.

Die SDGs vereinen ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele unter einem Dach. Dabei verfolgt die Agenda 2030 einen **universellen** Anspruch, der alle Staaten der Welt zu „Entwicklungsländern“ mit Nachholbedarf erklärt. Die Ziele gelten für jedes Land. Sie betonen die Notwendigkeit der Veränderungen im eigenen Land, verlieren aber gleichzeitig die internationale Rolle der industrialisierten Länder nicht aus den Augen, die aufgrund ihrer Wirtschaftsweise und ihres Ressourcenverbrauchs eine besondere Verantwortung tragen.

Angesprochen ist die ganze Bandbreite der Politik: Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Finanzen, Agrar- und Verbraucherpolitik, Verkehr, Städtebau, Bildung und Gesundheit. Die Unteilbarkeit der **Menschenrechte** ist eine wichtige Basis, d. h. die Agenda strebt friedlichere, gerechtere und inklusivere Gesellschaften an. Grundlagen dazu sind demokratische Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit, gute und transparente Regierungsführung sowie die Berücksichtigung der Menschenrechte. Der inklusive Anspruch der Agenda 2030 will „niemanden zurücklassen“ und „diejenigen zuerst erreichen, die am weitesten zurückliegen“. Sie betont den universalen Respekt für Gleichheit und Diskriminierungsfreiheit.

Herausforderung auf allen Ebenen

Die Bewältigung dieser globalen Herausforderungen verlangt eine tiefgreifende Veränderung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation. Die Widersprüche, die großen Herausforderungen und Chancen, die mit den globalen Zielen verbunden sind, erfordern kluge und mutige Konzepte mit mehr Zukunftsfähigkeit, Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit. Es gilt, die Agenda 2030 durch Bottom-up-Ansätze mit Leben zu füllen, vehemente Forderungen zu stellen, aber auch Vorschläge zu entwickeln – und sie so zu einem lebendigen, politischen Projekt werden zu lassen.

Die globalen Nachhaltigkeitsziele bieten einen sozial-, umwelt- und gesellschaftspolitisch sinnvollen Bezugsrahmen, um gemeinsame Visionen zu entwickeln und deren Verankerung vor Ort voranzutreiben. Insofern formulieren die SDGs nicht nur Ziele, sondern fungieren auch als Wegweiser, denen Verwaltung, Kommunen und Bürger*innen folgen können. Dazu gehört, eine Balance zwischen einem Verständnis von Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe und den spezifischen sektoralen Herausforderungen zu finden.

In dieser Publikation stellt WECF Beiträge vor, wie die Agenda 2030 auf kommunaler Ebene geschlechtergerecht umgesetzt werden kann. Wie berücksichtigen kommunale und zivilgesellschaftliche Akteur*innen das eigenständige, nachhaltige Entwicklungsziel Nr. 5 „Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen“ sowie das Querschnittsthema Geschlechtergerechtigkeit innerhalb weiterer SDGs? Welche konkreten Handlungsansätze und Werkzeuge gibt es?

Es werden Hindernisse und auch Erfolgsfaktoren für ressortübergreifendes Denken und Handeln aufgegriffen und konkrete Handlungsansätze und Werkzeuge aufgezeigt, um auch auf kommunaler Ebene transformative Prozesse in Richtung einer nachhaltigen und (gender-)gerechten Gesellschaft anzustoßen.

2 Und nun, Deutschland? Peer Review und Anpassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie DNS

Funktionierendes fortsetzen, Gutes ausbauen und Unzulängliches verändern.

Von Katharina Habersbrunner, WECF

Am 11. Januar 2017² beschloss die Bundesregierung die Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. In ihrer Rede zur 18. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 4. Juni 2018 betonte die Bundeskanzlerin die Wichtigkeit der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie. „Doch wir müssen den Gedanken der Nachhaltigkeit noch konsequenter zum Maßstab des Regierungshandelns machen, und zwar in allen Politikfeldern. Darauf hat sich auch die neue Bundesregierung im Grundsatz verständigt. In diesem Sinne wollen wir die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln.“²

Die Bundesregierung beauftragte im Herbst 2017 den Rat für Nachhaltige Entwicklung mit der Organisation eines Peer Reviews, einem internationalen Expertengutachten zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik. Das Peer Review, das im Juni 2018 veröffentlicht wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland für eine ambitionierte Umsetzung gut aufgestellt sei, insofern die Strategie vom Bundeskanzleramt ausgehe und durch einen Parlamentarischen Beirat und einen Staatssekretär-Ausschuss begleitet werde.

Diese Nachhaltigkeitsinstitutionen seien gut konzipiert und finanzielle Mittel zur Unterstützung der Maßnahmen seien bis zu einem gewissen Grad vorhanden. Im Verlauf eines mehrmonatigen Beratungsprozesses sei das Peer Review Team zu dem Entschluss gekommen, dass Stakeholder engagiert seien. Das System der Mitbestimmung, ein hohes Einkommen, ein Bekenntnis zum Umweltschutz und die Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie seit 2001 seien wichtige Voraussetzungen für die

Umsetzung der derzeitigen Strategie. Auch die erforderlichen Technologien ständen zur Verfügung. Die Expert*innen des PEER REVIEWS stellen sich daher die Fragen: „**WARUM IST NOCH NICHT MEHR ERREICHT?**“ und „Wenn Deutschland es nicht schafft, wer dann?“ Deshalb schlagen die Ratsmitglieder folgende Maßnahmen vor: Funktionierendes fortsetzen, Gutes ausbauen und Unzulängliches verändern.

1. Die institutionelle Architektur zur Umsetzung der DNS effektiver gestalten – denn sie sind nicht mit den nötigen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet.
2. Die eigenen Ziele ehrgeiziger setzen.
3. Förderung eines befähigenden Umfelds, wo niemand zurückgelassen wird.
4. Die Bundesregierung sollte ihre zentrale Koordinierung stärken und gravierende Abweichungen von den selbst gesteckten Zielen entschieden angehen (off track indicators).
5. Parlament: Eine stärkere parlamentarische Kontrolle ist notwendig.
6. Die unabhängige Funktion des Rates für Nachhaltige Entwicklung sollte gestärkt werden.
7. Die Kommunikation auf einen neuen Stand bringen.
8. Die Fähigkeit zum Systemdenken und Bildung für Nachhaltigkeit fördern.
9. Indikatoren: Budgets für und Aktivitäten zum Monitoring erweitern.
10. Aufkommende Fragen angehen und die Grundsätze der DNS bei den globalen Interaktionen Deutschlands anwenden.

2) <https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2018/06/2018-06-04-rede-merkel-rne.html>

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



Es handelt sich hier um unverbindliche Empfehlungen. Gleich nach dem Peer Review veröffentlichte die Bundesregierung ein Konsultationspapier³ als Grundlage für eine Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie. Die Öffentlichkeit wurde dazu aufgerufen, Ideen und Verbesserungsvorschläge für die Weiterentwicklung einzubringen. Vorgeschlagen ist, im Rahmen der Weiterentwicklung der Strategie Indikatoren zu überprüfen (z.B. Lebensmittelabfälle, Hunger und Mangelernährung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Forschungsinvestitionen, Bodenschutz). Außerdem sollen die institutionellen Verfahren und einige Managementregeln überarbeitet werden.

Auch verspricht das Konsultationspapier eine stärkere Einbeziehung gesellschaftlicher Akteur*innen und weist auf die neuen Dialogformate hin – im Forum Nachhaltigkeit des Bundeskanzleramts und in der Dialoggruppe des Staatssekretärsausschusses. Die Zusammensetzung dieser Foren muss jedoch transparenter dargestellt werden. Die Kompetenzkriterien sollten veröffentlicht und die Berufung in die Foren ausgeschrieben werden, um eine entsprechende Beteiligung aller zivilgesellschaftlichen Gruppen sicherzustellen.

3) www.dialog-nachhaltigkeit.de

Es gibt noch viel zu tun. Zwischen dem Anspruch und der konsequenten Umsetzung klafft noch eine große Lücke. Die Strategie muss ambitionierter werden und die Umsetzung viel konsequenter angegangen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung muss mit einer Verringerung des Umweltverbrauchs innerhalb der ökologischen Grenzen realisiert werden, z.B. durch ökologische Steuerreform und den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Wie sieht es mit Konsumverhalten, Produktion, ethischen Grundsätzen und Handeln hin zu mehr Nachhaltigkeit aus? Wo steht Deutschland mit einer konsequenten Einführung der Kreislaufwirtschaft? Für die notwendige Transformation braucht es Fortschritte in diesen Bereichen.

Wir wollen eine mutige Politik, die nachhaltige Entwicklung und Geschlechtergerechtigkeit ohne weitere Verzögerung ermöglicht und einleitet.

3 Kommunen als zentrale Akteure



3.1 Agenda 2030 kommunal – Umsetzung der SDGs in Städten und Gemeinden

Von Jens Martens⁴, Global Policy Forum

Die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) in und durch Deutschland ist nicht ausschließlich eine Bundesangelegenheit. Auch

den Städten und Kommunen kommt eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Agenda zu. Viele haben inzwischen Diskussionsprozesse zur Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene eingeleitet. Mehr als 77 Städte, Kreise und Gemeinden, von Freiburg im Süden bis Kiel im Norden, haben bisher die Musterresolution des Deutschen Städtetages unter dem Titel „Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet. In Nordrhein-Westfalen haben 15 Städte und Kreise, darunter Köln, Dortmund und Bonn, beschlossen, die globalen Nachhaltigkeitsziele auf die kommunale Ebene „herunterzubringen“ und integrierte Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Dabei muss das Rad keinesfalls neu erfunden werden. Vielmehr können Prozesse zur Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene auf bestehenden Initiativen und Institutionen aufbauen und diese neu beleben.

Städte und Gemeinden in der Agenda 2030

Die Regierungen befassen sich in der Agenda 2030 an verschiedenen Stellen mit der wichtigen Rolle von Städten und Gemeinden. Mit einem eigenständigen Nachhaltigkeitsziel (SDG 11) verpflichten sie explizit, Städte „inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig“

zu gestalten. Die Zielvorgaben von SDG 11 sehen vor allem vor, zusätzlichen Wohnraum und öffentliche Verkehrssysteme zu schaffen, die Umweltbelastung in und durch Städte zu senken, die Zahl der von Katastrophen betroffenen Menschen zu reduzieren und die Stadtplanung inklusiver und partizipatorischer zu gestalten.

Auch die Bundesregierung misst den Städten und Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele eine wichtige Rolle bei. Nach ihren Worten sind sie „wesentliche Akteure und treibende Kraft zur Erreichung der Agenda 2030.“⁵

Handlungsfelder für kommunale Akteure

Kommunalverwaltungen, Stadträt*innen, Bürgerinitiativen und lokale Gruppen haben vielfältige Möglichkeiten, sich im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 und der SDGs zu engagieren. Grundsätzlich lassen sich dabei sechs allgemeine Handlungsfelder unterscheiden:

1) Information und Bewusstseinsbildung:

Die SDGs bekannt machen

In einem ersten Schritt muss es darum gehen, über die Agenda 2030 und ihre Nachhaltigkeitsziele zu informieren und in der Bevölkerung Bewusstsein dafür zu schaffen, dass diese Agenda für die kommunale Arbeit relevant und nützlich sein kann.

2) Vernetzung:

Kommunale Nachhaltigkeitsbündnisse schmieden

Eine Stärke der Agenda 2030 besteht in ihrem multidisziplinären Charakter. Die SDGs basieren auf den universellen Menschenrechten und decken sowohl die soziale, ökologische und ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung ab als auch die Bereiche Frieden und internationale Zusammenarbeit. Dadurch bietet sich die Chance zu einer besseren Vernetzung von Gruppen, die in diesen Themenbereichen aktiv sind - auch auf kommunaler Ebene.

3) Lobbyarbeit:

Kommunale Perspektive in die nationale SDG-Umsetzung einbringen

Im Laufe der letzten Jahre sind den Städten und Gemeinden immer neue Aufgaben und Verantwortlichkeiten zugewiesen worden, beispielsweise bei der flächendeckenden Einrichtung von Kita-Plätzen und der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen. Um nun im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 weitere Aufgaben übernehmen zu können, müssen sie bei Bund und Ländern dafür eintreten, dass die kommunalen Interessen in den Nachhaltigkeitsstrategien und -politiken ausreichend berücksichtigt werden.

4) Schaffung der politischen Grundlage:

Ratsbeschluss und kommunale Nachhaltigkeitsstrategie

Ein erster Schritt zur kommunalpolitischen Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele kann bestehen, einen entsprechenden Beschluss im Stadt- oder Gemeinderat zu verabschieden. Als Vorlage kann dafür die Musterresolution des Deutschen Städtetages dienen. Es bei diesem eher symbolischen Akt zu belassen, wäre aber nicht genug. Zahlreiche Städte und Gemeinden gehen bereits wesentlich weiter und haben partizipative Prozesse zur Erarbeitung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie eingeleitet.

5) Umsetzung:

SDGs „kommunalisieren“, d.h. vor Ort umsetzen

Nach der Ausarbeitung und Verabschiedung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie besteht der entscheidende Schritt darin, sie vor Ort effektiv umzusetzen. Dies wird nur möglich sein, wenn die jeweilige Stadt oder Kommune über die dafür notwendigen personellen Kapazitäten und finanziellen Mittel verfügt. Eine weitere Erfolgsbedingung ist die breite Einbeziehung der Bevölkerung in die Umsetzung.

6) Monitoring:

Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien überprüfen

Ein wesentlicher Bestandteil nationaler wie kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien sollte deren regelmäßige Überprüfung sein. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Strategien entsprechend überprüfbar Zielvorgaben und Fortschrittsindikatoren enthalten. Zudem sollten in das Monitoring zivilgesellschaftliche Gruppen umfassend einbezogen werden.

Die Chance nutzen

Die Relevanz der Agenda 2030 in Deutschland wird sich auch darin beweisen, in welchem Maße Zivilgesellschaft und Medien die SDGs als Referenzrahmen nutzen, sie in der deutschen Öffentlichkeit bekannt machen und kontinuierlich von der Politik ihre Verwirklichung einfordern – auch auf kommunaler Ebene. In jedem Fall bietet der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 auch für Städte und Gemeinden die Chance, Diskussionsprozesse zu den Fragen zu fördern, wie Zukunftsfähigkeit und gesellschaftlicher Fortschritt definiert werden sollten, und wie die Prinzipien der Solidarität und der globalen Verantwortung angesichts der Grenzen des globalen Ökosystems in konkretes gesellschaftliches Handeln vor Ort übersetzt werden können. Das Engagement lokaler Gruppen und einer informierten Öffentlichkeit bildet die notwendige Erfolgsbedingung dafür, dass die Agenda 2030 dem Anspruch einer Transformationsagenda zumindest in Ansätzen gerecht werden kann.

“ In Deutschland lebt derzeit bereits 75% der Bevölkerung in Städten

Gabriele Köhler, Deutsche Gesellschaft Vereinte Nationen (DGVN)



3.2 Kommunale Nachhaltigkeitspolitik – was Städte und Kommunen brauchen

Von Gabriele Köhler, Deutsche Gesellschaft Vereinte Nationen (DGVN)

Das Jahr 2015 gab mit gleich zwei internationalen Beschlüssen wichtige neue Impulse für progressive Kommunalpolitik. Der eine ist die UN-Agenda für Nachhaltige Entwicklung⁶, die zum ersten Mal in der Geschichte von UN-Entwicklungsagenden – die es seit 1960 gibt! – einen gesonderten Aufruf an Städte und Kommunen enthält. Der zweite Impulsgeber ist das Pariser Klimaabkommen⁷ – inzwischen von 170 Ländern ratifiziert – in dem sich Staaten u. a. selbstverpflichten, die weitere Erderwärmung auf maximal 1,5 bis 2% über dem Wert vor der Industrialisierung zu begrenzen. In beiden Diskursen spielen Städte eine herausragende Rolle, denn derzeit lebt bereits mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung in Städten; in Deutschland sind es sogar 75%⁸. In Städten konzentrieren sich die CO2-Emissionen durch die Bebauung, durch den Verkehr, durch Energie- und Trinkwasserversorgung und durch Abfallentsorgung. Derzeit verpassen wir jedes Jahr die Ressourcen von anderthalb Planeten⁹. Möchten wir eine radikale Gesundung der Erde, müssen wir in den Städten ansetzen. Außerdem sind große und kleine Kommunen die Orte, in denen unser Lebensalltag stattfindet, wo wir – im Idealfall – nahe an den Politikentscheidungen sind und unmittelbaren Druck ausüben können in unseren Arbeits- und Konsumentscheidungen und als Expert*innen und Aktivist*innen.

4) Dieser Text basiert auf einem längeren Briefing Paper zu diesem Thema, vgl. Martens, Jens (2017): Agenda 2030 kommunal. Die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Städten und Gemeinden. Bonn: Global Policy Forum, www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_1117_Agenda2030_kommunal.pdf
5) Bundesregierung (2017), S. 46: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016. Neuauflage. Berlin. www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuauflage_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=11

6) www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf
7) http://unfccc.int/paris_agreement/items/9485.php
8) Quelle: Statista (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/152879/umfrage/in-staedten-lebende-bevoelkerung-in-deutschland-und-weltweit/>)
9) Vgl. <https://www.footprintnetwork.org/our-work/ecological-footprint/>



vielen Orten seit Jahrzehnten die lokale Agenda 21, die auf dem Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro in die Wege geleitet wurde. Think global, act local ist deutschlandweit ein viel zitiertes Konzept; die Initiativgruppen, die damals zusammenfanden, arbeiten an vielen Orten bis heute. In vielen Städten gibt es Fairtrade-Läden; Richtlinien zu öffentlicher Beschaffung konform mit Menschen-, Arbeits- und Umweltrichtlinien und manch eine Stadt hat sogar ein öffentlich unterstütztes Eine-Welt-Haus.

An diesem guten Image müssen wir anknüpfen. Denn leider klaffen Anspruch und Realität sehr weit auseinander. So hat Deutschland in fast allen 2030-Agenda-Bereichen großen Nachholbedarf. Einige prägnante Beispiele: Einkommensarmut betrifft 20% der älteren Menschen und 21% der Kinder in Deutschland. 1,5 Millionen Menschen gehen zur Tafel¹²; Gesundheits- und Bildungszugang sind stark klassen geprägt. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle beträgt 20%. Deutschlands CO₂-Emissionen stiegen 2016 um fast vier Mio. Tonnen bzw. rund 0,4%,¹³ u. a. weil Braunkohle massiv gefördert wird. Deutsche Unternehmen exportieren umweltzerstörende Technologien¹⁴ und Waffen selbst in Krisengebiete¹⁵.

Diesen Trends können wir auf der lokalen Ebene schlagkräftig entgegenwirken. Hilfreich wäre, wenn alle Städte eine 2030-Strategie verabschieden – und beherzt umsetzen. Es geht darum, für jede Stadt alle 17 Nachhaltigkeitsziele und ihre Unterziele abzuklopfen, z. B. durch einen transparent erstellten Nachhaltigkeitsbericht, und die Ziele dann partizipativ und konsequent zu verwirklichen.



3.3 Warum deutsche Kommunen und Städte die SDGs umsetzen sollten

Von Robert Böhnke, Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Hohe Feinstaubkonzentration, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, weiter steigende Flächenversiegelung, bröckelnde Infrastruktur, mangelnde Sicherheit im öffentlichen Raum – die nachhaltige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden ist noch lange kein Selbstläufer. Fortschritte sind dabei Ergebnis täglicher Arbeit – nach Jahren erkennen wir die Kraft dieser Veränderungen, sprechen von Paradigmenwechsel oder gar Transformation. Aus der Kritik an den verschmutzten, gesundheitsgefährdenden Industriestädten des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die funktionale Stadt als Gegenentwurf zur Enge der „Mietskasernen“. Beflügelt durch das neue Massenprodukt Automobil wurden Städte autogerecht umgebaut. Monofunktionale, vielfach suburbane Wohnsiedlungen schossen aus dem Boden, es folgten randstädtische Einzelhandelsstandorte.



Jede Zeit hat ihre Kritik, jede Entwicklung oder vermeintlicher Fortschritt hinterlässt Spuren. Behoben sind diese Fehlentwicklungen nicht, doch Städte als Orte der Versorgung und des gesellschaftlichen Lebens wurden gestärkt. Leitbilder sind kurze Wege, Nutzungsgemischte Quartiere und kompakte Siedlungen hoher Lebensqualität. Die Wurzeln dieser Transformation liegen auch in der feministischen Kritik damaliger Planungsdogmen, dem Ausdruck vorherrschender Rollenbilder. Mit der Pluralisierung der Lebensstile haben sich die Planungsansätze zugunsten einer stärkeren Differenzierung sozialer Rollen aufgelöst: Dabei ist „an die Stelle einer expliziten Planung für Frauen [...] die Planung für vielfältige gesellschaftliche Gruppen getreten“¹⁶, wie Konzepte zu Generationengerechtigkeit, Diversity und Inklusion verdeutlichen. Explizit wird „Gender“ dabei gar nicht erwähnt, sondern lässt sich „als Trojaner besser verkaufen“¹⁷ und ist heute „im Mainstream verankert und inzwischen selbstverständlicher Bestandteil einer guten Planung“¹⁸. Partizipation, barrierefreie Mobilität, kleinteilige Nutzungsmischung, ÖPNV-Anbindung, flexibel nutzbare Grünflächen, Vermeidung von Angsträumen und ressortübergreifende Zusammenarbeit – viele Impulse für lebenswerte Städte und zielgruppenorientierte Planung haben ihren Ursprung im Diskurs um einen geschlechtergerechten „Zugang“ zur Lebensumgebung bzw. zur Stadt. Das spiegeln auch die zentralen Grundsätze der nachhaltigen Stadtentwicklung wider, zu denen sich dreißig am Dialog „Nachhaltige Stadt“ beteiligte Oberbürgermeister*innen bekennen¹⁹.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sieht die Kommunen als „wesentliche Akteure und treibende Kraft zur Erreichung der Agenda 2030“²⁰ und damit der globalen Nachhaltigkeitsziele. Dabei stehen die deutschlandweit über 11.000 Gemeinden vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Viele Städte benötigen dringend neuen, bezahlbaren Wohnraum. Doch vielerorts

„ Mutig sein und Mut machen für Nachhaltigkeit und eine gerechte Gesellschaft
Eugen Kuntze, Agenda21 München-Hadern

sind die neuen Quartiere mit großen Anteilen ressourcenfressender Einfamilienhaussiedlungen der Gegenentwurf zur integrierten, Nutzungsgemischten Stadt. Aber auch schrumpfende Gemeinden bauen am Stadtrand in der Hoffnung, sich damit gegen die Abwärtsspirale und den Verlust von Steuerzahlenden zu wehren – mit dem Ergebnis, mit steigenden Infrastrukturkosten die Probleme noch zu verstärken und die Ortszentren ihrer (Anziehungs-) Kraft zu berauben. Scheinbar kurzfristige Zwänge wiederholen vielerorts die Fehler der Vergangenheit. Auch das ist wohl eine Begleiterscheinung der Transformation. Die globalen Nachhaltigkeitsziele und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sind wichtige Orientierungsrahmen, viele Kommunen haben sich mit eigenen Nachhaltigkeitsstrategien und eigenen Nachhaltigkeitsstabstellen auf den Weg gemacht. Dabei gilt für eine nachhaltige Stadtentwicklung dasselbe wie für eine geschlechtergerechte Planung: Konkrete Bilder und Visionen sowie ambitionierte Projekte helfen, abstrakte Begriffe lebendig zu machen. Die globalen Nachhaltigkeitsziele sind dabei mehr als eine zusätzliche Aufgabe: Als Kernaufgabe und handlungsleitendes Motiv sind sie elementar für die zukunftsfähige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden, die alle Menschen mit einbezieht und niemanden zurücklässt. Das geht nicht von heute auf morgen, aber jeder einzelne Schritt ist der Beginn einer Veränderung und Vorbild für andere.

10) <http://www.nachhaltigkeit.bayern.de>
 11) <https://skew.engagement-global.de/zeichnungskommunen-agenda-2030.html>
 12) Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/lebensmittel-fuer-beduerftige-deutschlands-grosse-tafelrunde-14182789.html>
 13) Vgl. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-1>
 14) Vgl. <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/dossier-gute-energie-12-2017.pdf>
 15) Vgl. <http://www.waffenexporte.org>
 16) Uta Bauer, Franciska Frölich v. Bodelschwingh (2017): „30 Jahre Gender in der Stadt- und Regionalentwicklung – Erfahrungen und Perspektiven“, S. 17; zum Thema auch Sen Stadt Berlin (2011): „Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung“.
 17) Ebd., S. 9.
 18) Ebd., S. 73.
 19) <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/dialog-nachhaltige-stadt/>
 20) Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016, S. 46

4 Eine geschlechtergerechte Agenda 2030



4.1 Geschlechtergerechtigkeit in den SDGs Von Katharina Habersbrunner, WECF

Vor dem Hintergrund, dass noch kein Land die Gleichstellung der Geschlechter und die Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen vollständig erreicht hat, stellt die Agenda 2030 einen wichtigen Impuls für die Staaten dar. Sie erkennt den wichtigen Beitrag von Frauen und Mädchen zur nachhaltigen Entwicklung an und bestärkt, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Selbstbestimmung aller Frauen und Mädchen sowie die volle und gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an der Wirtschaft und ihre Übernahme wirtschaftlicher Führungsverantwortung unverzichtbar sind, um eine nachhaltige Entwicklung herbeizuführen. Gleichzeitig ist Geschlechtergerechtigkeit Voraussetzung für die Förderung von friedlichen, gerechten und inklusiven Gesellschaften, für die Beendigung von Armut in all ihren Formen und zur Gewährleistung des Wohlergehens aller. Dies spiegelt sich einerseits im eigenständigen **SDG 5** wider. Doch auch als Querschnittsaufgabe findet **Geschlechtergerechtigkeit für Ziele wie Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3), Bildung (SDG 4) und menschenwürdige Arbeit (SDG 8)** Anwendung, um nur einige aufzuzählen.

Global Gender Gap Report – Stillstand bei Gleichberechtigung?

Der Global Gender Gap Report²¹ wird jährlich vom World Economic Forum publiziert und bewertet die Gleichheit der Geschlechter nach den Kategorien Gesundheit, Bildung, politische Teilhabe und wirtschaftliche Chancen; für den Report 2017 wurden 144 Länder untersucht. Laut Expert*innen liegt Island schon zum neunten Mal in Folge ganz vorne im Ranking. In dem Land sei die Lücke zwischen Frauen und Männern inzwischen zu 88% geschlossen. Das Bemühen, die Kluft zwischen den Geschlechtern zu überbrücken, hat sich aber verlangsamt. Die Zahlen legen dar, dass Frauen und Männer erst in 217 Jahren gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben werden, bliebe es beim aktuellen Tempo. Deutschland landet im Ranking 2017 auf

Platz zwölf und hat sich zum Vorjahr um einen Platz verbessert. Die Ergebnisse des Berichts zeigen die Notwendigkeit der Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen.

Umsetzung der SDGs in Deutschland

Anfang 2017 hat die Bundesregierung die überarbeitete Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie²² veröffentlicht. Die neue Gliederung der Strategie orientiert sich an den 17 Zielen der SDGs. Es gibt verschiedene Nachhaltigkeitsstrategien einiger Bundesländer, allerdings in unterschiedlicher Qualität. Diese Ansätze stehen eher unverbunden nebeneinander. Durch die Verabschiedung der SDGs ist die Notwendigkeit integrierter Strategien deutlich geworden. Es geht nun darum, dass die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in der Politik, ressortübergreifend und auf allen politischen Ebenen eine zentrale Rolle erhält, indem sämtliche Gesetzesvorhaben und Politikstrategien künftig auf Kompatibilität mit den Zielen der Agenda 2030 geprüft und korrigiert werden.

Die Rolle der Kommunen

Den Städten und Kommunen kommt eine wichtige Rolle im Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu. Viele Kommunen konnten in den Bereichen Klimaschutz, Energieversorgung und Mobilität sektorale, beispielhafte Konzepte auf den Weg bringen. In den Kommunen wächst jedoch das Interesse an integrierten Ansätzen. Es setzt sich die Erkenntnis durch, dass sektorale Strategien angesichts der großen Zukunftsthemen wie Klimawandel, Migration, (Geschlechter-)Gerechtigkeit, Bebauung oder demografischer Wandel nicht mehr ausreichen. Vernetzte Vorgehensweisen werden zunehmend auf die Agenda gesetzt. Aber: Integrative und ressortübergreifende Ansätze gibt es auf kommunaler Ebene noch nicht viele. Sektorale ausgerichtete Kommunalverwaltungen stehen einem vernetzten Denken und Handeln eher entgegen.

Viele Kommunen haben jedoch inzwischen Diskussionsprozesse zur Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene eingeleitet. **79 Städte, Kreise und Gemeinden** haben bisher die Musterresolution²³ des



Katharina Habersbrunner (WECF) eröffnet die erste SDG Veranstaltung in Frühjahr 2017 in München

Deutschen Städtetages unter dem Titel „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet und beschlossen, die globalen Nachhaltigkeitsziele auf der kommunalen Ebene umzusetzen und integrierte Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Die Wichtigkeit zeigt sich im eigenständigen **Nachhaltigkeitsziel (SDG 11)** mit der Forderung, **die Städte „inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig“ zu gestalten**. Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Sicherheit im öffentlichen Raum, zusätzlicher Wohnraum und die Schaffung öffentlicher Verkehrssysteme sowie die Gestaltung inklusiver und partizipativer Stadtplanung sind Beispiele für solch übergreifende Handlungsansätze.

Geschlechtergerechtigkeit in kommunalen Themen

Viele Kommunen haben sich auch verpflichtet, die Gleichstellung von Frauen und Männern umzusetzen. Die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas²⁴ wurde von einigen Städten ratifiziert, was zur Erstellung und Umsetzung von Gleichstellungsaktionsplänen führte.

Es ist das Ziel der Kommunen, in Politik, Organisation und praktischer Arbeit die Strukturen für eine geschlechtergerechte, nachhaltige Gesellschaft zu verankern, da echte Gleichstellung den Schlüssel zu wirtschaftlichem, nachhaltigem und gesellschaftlichem Erfolg darstellt. Es existieren Daten und Modelle für geschlechtergerechte kommunale Konzepte, jedoch scheitert es oft an der praktischen Umsetzung. Es gilt daher, auch auf kommunaler Ebene transformative Prozesse anzustoßen und nicht nur den Anteil von Frauen in der Verwaltung und politischen Ämtern zu erhöhen, sondern auch bisherige Strukturen aufzubrechen sowie Entscheidungskompetenzen und Budgets fair zu verteilen.

Geschlechtergerechtigkeit verlangt von kommunalen Akteur*innen, bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern zu analysieren und die Entscheidungen so zu gestalten, dass sie zur Förderung einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter beitragen. Nachhaltigkeit verlangt von kommunalen Akteur*innen, politische Entscheidungen und Maßnahmen ökonomisch, sozial- und umweltverträglich umzusetzen. Gleichstellung und Nachhaltigkeit sollen nicht als parallele Strukturen aufgebaut werden und sind keine zusätzlichen Themen, sondern integraler Bestandteil aller fachlichen Arbeit in kommunalen Verwaltungen auf allen Ebenen. Die beiden Rahmenbedingungen bieten Synergien durch ressortübergreifende Planung und Umsetzung von kommunalen Projekten und Vorhaben. Ein wachsendes Bewusstsein für die Gleichrangigkeit der Anliegen erhöht die Bereitschaft zur praktischen Mitwirkung und zeigt die Notwendigkeit von entsprechenden Personal- und Sachmitteln auf.

Es existieren Modelle und Projekte (siehe Wien-Meidling und Heidelberg in Abschnitt 5.1 und 7.1 dieser Publikation), dennoch sind Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit noch längst nicht selbstverständlich und werden auch nicht sektorübergreifend gedacht. Aber das Ziel ist verlockend und sollte angestrebt werden: Gendergerechte Städte und Kommunen spiegeln gesellschaftliche Vielfalt wider, sie sind barrierefrei, nachhaltig, gut erschlossen und vernetzt und bieten Räume, die bedarfsgerecht interpretier- und nutzbar sind. So wie bei allen Entscheidungen (meist) auf Wirtschaftlichkeit geachtet wird, müssen bei allen kommunalen Vorhaben und Projekten selbstverständlich auch Indikatoren für Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit berücksichtigt werden.

Kommunen und Landkreise als die den Bürger*innen am nächsten stehende Regierungsebene sind wichtige Akteure, um Ungleichheiten zu bekämpfen und eine egalitäre und nachhaltige Gesellschaft zu fördern.

21) www.weforum.org/reports/the-global-gender-gap-report-2017

22) www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuaufgabe_2016.pdf

23) Stand: 20.1.2018, https://skew.engagement-global.de/files/2_Mediathek/Mediathek_Microsites/SKEW/Themen/Global_Nachhaltige_Kommune/Beschluesse_und_Papiere/Musterresolution_2030-Agenda.pdf

24) www.ccre.org/docs/charte_egalite_de.pdf



Dr. Anke Stock, WECE

4.2 Die geschlechtergerechte Implementierung der SDGs – einige methodische Ansätze

Von Anke Stock, WECE

Das **Ziel Nr. 5 zur Geschlechtergerechtigkeit** wie auch weitere Unterziele der 2030-Agenda verlangen die Integration der Geschlechtergerechtigkeit bei der Umsetzung eines jeden Entwicklungsziels auch auf kommunaler Ebene. Dies ist bereits aufgrund anderer internationaler Abkommen (Peking Aktionsplattform²⁵, 1995) eine anerkannte Vorgabe und Gender-Mainstreaming ein gängiges Konzept zur Verwirklichung einer geschlechtergerechten Politik bzw. Projektverwirklichung. Dennoch ist eine konsequente Anwendung weder auf internationaler Ebene noch innerhalb Deutschlands zu finden. Der Nutzen einer gendersensitiven (Projekt-) Planung und Durchführung ist vielfach nachgewiesen und besteht vor allem in der nachhaltigen Wirkung getroffener Entscheidungen, da sie auf einer breiten Informationsbasis unter Adressierung aller relevanten Zielgruppen getroffen und von Frauen wie Männern besser akzeptiert werden. Auch ist die Bemessung der benötigten Kapazitäten sowie ein anhand der geschlechterdifferenzierten Bedürfnisse aufgestelltes Budget genauer.

Grundvoraussetzung ist ein geeignetes politisches System, das einen gleichstellungsfreundlichen rechtlichen Rahmen bis auf kommunale Ebene vorgibt, der alle Politikbereiche umfasst, und auch die Strukturen der Regierungsinstitutionen, öffentlicher und privater Einrichtungen sowie des Finanzsystems regelt. Nicht zu unterschätzen sind dabei die Bereitschaft interner Akteur*innen zur Umsetzung sowie deren Bewusstsein für und ihre Expertise zu Gleichstellungsthemen.

Methoden und Werkzeuge sind über die Jahre viele entstanden. Hier nur eine Auswahl:

1) Bewusstseinsbildung und Bildung von Expertise:

Mangelndes Bewusstsein der bestehenden Unterschiede zwischen biologischen und sozialen Geschlechtern ist ein Hauptgrund für fehlende Umsetzung. Es bedarf der Aufklärung und vor allem gezielter Weiter- und Fortbildungsangebote.

2) Gender-Mainstreaming:

Gender-Mainstreaming bezieht die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen ein. Das erfordert gute Kenntnisse der Ausgangssituation und die konsequente Beachtung der Dimension „Gender“ bei der Planung, Gestaltung und Umsetzung von Projekten und politischen Entscheidungen.

3) Gender-Budgeting:

Eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung mit z. T. großer kommunaler Hebelwirkung soll standardmäßig eingeführt werden.

4) Geschlechtergerechte Statistiken:

Nach Geschlechtern differenzierte Daten, deren Konzepte und Definitionen die Diversität und Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern berücksichtigen, werden gefordert.

5) Geschlechtergerechte Stakeholderanalyse und Konsultation:

Die Interessengruppen sollen nach Gesichtspunkten der Gleichstellung der Geschlechter identifiziert und analysiert werden. Die ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern muss dabei garantiert werden.

6) Gender-Analyse:

Gender-Analyse erfolgt vor der Projektplanung und zeigt Ursachen, Einflussfaktoren und Folgen von Ungleichheiten aufgrund von Geschlechterstrukturen (quantitative und qualitative Daten).

7) Geschlechtergerechtes Monitoring und Evaluierung:

Durch geschlechtergerechtes Monitoring und Evaluierung können Erfolge sowie Versäumnisse von Projekten, Politikern etc. hinsichtlich einer Gleichstellung der Geschlechter aufgezeigt werden.

8) Geschlechtergerechtes Vergabewesen:

Auch in der öffentlichen Hand muss sichergestellt werden, dass ihre Gelder auch in der Privatwirtschaft einen Beitrag für die Gleichstellung der Geschlechter leisten.



Welche Methoden und Werkzeuge nützlich sind, ist abhängig von der jeweiligen Maßnahme und den vorhandenen Ressourcen. Oft sollten einige Werkzeuge aufeinanderfolgen, um einen ganzheitlichen, gleichstellungsorientierten Ansatz zu gewährleisten. Es ist unerlässlich, sich der wachsenden Relevanz dieser Ansätze bewusst zu sein und diese auf kommunaler Ebene einzusetzen, da nicht nur SDG 5 eine integrierte Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen und innerhalb aller Politikfelder fordert.

25) www.un.org/depts/german/conf/beijing/anh_2.html#top

5 Good Practice

Es gibt erfolgreiche und sichtbare geschlechtergerechte Planung und Projekte



5.1 Geschlechtergerechte Stadtplanung Wien-Meidling

Zusammenfassung von Annemarie Mohr, WECE

Michaela Schatz ist Leiterin im Referat Gender-Budgeting des Finanzwesens der Stadt Wien. Österreich und insbesondere Wien sind Vorreiter in Sachen Gender-Budgeting, das seit 2009 verfassungsrechtlich in Österreich verankert ist und in Wien seit 2006 zur Anwendung kommt.

Am Beispiel von **Wien-Meidling**²⁶, dem Wiener Pilotbezirk für Gender-Budgeting, wird konkret gezeigt, wie z. B. eine Fußgängerzone verändert und finanziert wird (und u.a. zu **SDG 11 Städte und Siedlungen** beiträgt).

Generell ist das Beispiel von Wien-Meidling als Basisinformation für andere Kommunen sehr hilfreich und veranschaulicht, dass Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting integrale Bestandteile einer ganzheitlichen Politik sein müssen, da nur die

SDG 11 Unterziel 3: Bis 2030 die Verstärkung inklusiver und nachhaltiger gestalten und die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken

SDG 11 Unterziel 7: Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleisten, insbesondere für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen

Grundlagen für die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit

→ Als Instrument des Gender-Mainstreaming, das sich auf die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen bezieht, hat Gender-Budgeting das Ziel, die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern systematisch in den Prozess der Budgeterstellung einzubeziehen und die geschlechtergerechte Verteilung im Rahmen der

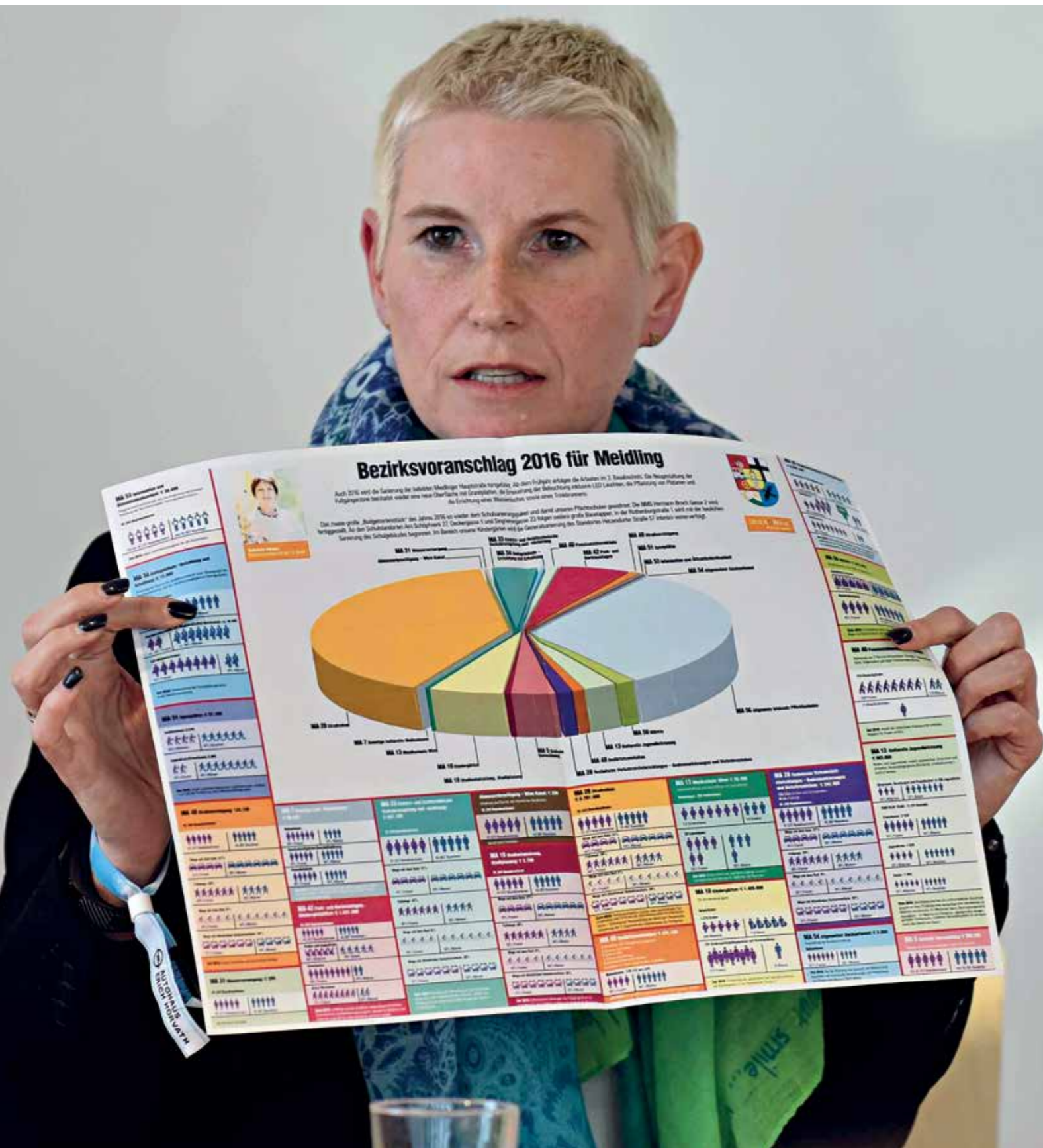


Finanz- und Haushaltspolitik sicherzustellen. Die zentrale Frage ist, ob die Haushaltsmittel unter sozialen Gesichtspunkten gerecht unter den Geschlechtern aufgeteilt werden.

Zusammenarbeit aller Verantwortungsbereiche Veränderung diesbezüglich schaffen kann. So muss Gender-Budgeting regulärer Bestandteil des Budgetprozesses einer Kommune sein. Ganz konkret wurde in Wien die Einbeziehung von Gender-Budgeting forciert, indem zunächst wesentliche Rahmenbedingungen für das Alltagsleben der Bürger*innen im Bezirk festgesetzt, übliche Abläufe und Angebote hinterfragt und eine Nutzer*innen-Analyse durchgeführt wurden.

Die gestellten Grundsatzfragen („Wem kommen die Ausgaben und Dienstleistungen zugute?“ und „Was lässt sich für die unterschiedlichen Anspruchsgruppen verbessern?“) und damit das genauere Hinterfragen, wem welche Dienstleistungen und vor allem die finanziellen Mittel zugutekommen, waren in einigen Bereichen eine Art Initialzündung, grundlegend über die eigentlichen Zielgruppen und neue Lösungen nachzudenken und neue Pilotprojekte und Initiativen entstehen zu lassen. Eine Analyse von Nutzer*innen und Veränderungspotenzialen verdeutlicht, ob z. B. zu wenig über den spezifischen Bedarf und Wünsche der Nutzer*innen bekannt ist sowie ob und wo es große geschlechtsspezifische Unterschiede gibt. Hier ist in weiterer Folge genauer zu überprüfen, wo die Ursachen für diese Unterschiede liegen und ob – und wenn ja, welche – Maßnahmen zur Gegensteuerung gesetzt werden müssen.

26) <https://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/pdf/budgeting-pilotbezirk.pdf>



Michaela Schatz (Leiterin Referat Gender-Budgeting des Finanzwesens der Stadt Wien) erklärt – anhand des Gender-Budgeting-Diagramms – wie im Stadtteil Wien-Meidling die Gender-Monitoring durchgeführt und öffentlich gemacht wird (siehe Seite 40)



Gender-Budgeting in Schritten:

- Überprüfung der Gleichstellungsrelevanz
- Ist-Analyse und Veränderungspotenzial
- Festlegung von Zielen: Was soll/kann erreicht werden
- Maßnahmen, Angebote, Projekte
- Womit kann mehr Gleichstellung erreicht werden?
- Erfolgsindikatoren
- Wodurch wird deutlich erkennbar, dass das Ziel erreicht wurde?
- Überprüfung der Umsetzung und Zielerreichung
- Soll-Ist-Vergleich



Hauptstraße, Wien-Meidling, als Beispiel für erfolgreiche Gender-Budgeting Maßnahmen

Auch wurde bei der Erfahrung in Wien deutlich, dass die Umsetzung von Gender-Budgeting besonders in jenen Bereichen anzugehen ist, wo Unterschiede nicht so offensichtlich sind, eine Gender-Differenzierung bisher scheinbar nicht notwendig war oder eine Umsetzung kompliziert sein würde, weil noch keine aussagekräftigen Nutzer*innen-Daten vorhanden waren. Klar wird, dass die regelmäßige Bereitstellung von Grundlagendaten zur Lebenssituation aller Bevölkerungsgruppen langfristig sicherzustellen ist und es eine gute Abstimmung zwischen den Verantwortlichen für Gender-Mainstreaming allgemein und Gender-Budgeting geben muss, um Aktivitäten zu bündeln und Effizienz zu sichern. Auf Basis der Analyseergebnisse müssen Ziele festgelegt sowie Maßnahmen, Angebote, Projekte und Indikatoren entwickelt werden.

Ein wichtiger Schritt zur erfolgreichen Umsetzung des Gender-Budgeting ist auch die Initiierung verschiedener Gruppen, häufig von Mädchen und Frauen in bestimmten Bereichen (z. B. bei Sportangeboten). Hier ist es wichtig, in den Gremien die verschiedenen Zuständigkeiten mitzudenken und notwendige Maßnah-

men zur Initiierung (personelle und fachliche Ressourcen an der richtigen Stelle, z. B. für Informationskampagnen) zu integrieren.

Gibt es dann erfolgreich umgesetzte Einzelinitiativen und -maßnahmen, die das gesetzte Ziel erreichen, ist ein standardmäßiges Vorgehen für weitere Projekte zu entwickeln.

Für das Gelingen des Gender-Budgeting – das regulärer Bestandteil des Budgetprozesses sein sollte – ist demnach zuallererst ein klares politisches Bekenntnis zur querschnittsorientierten Frauen- und Gleichstellungspolitik erforderlich. Auf Ebene der Entscheidung und Durchführung ist das Vorhandensein von entsprechendem fachlichen Know-how zu Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting, die Offenheit für das Thema durch vorherige Berührung damit, ein breiter politischer Konsens mit Initiative durch die Entscheidungsträger*innen sowie ein klares Top-down-Engagement, gerade auch durch die Finanzverantwortlichen, wichtig – kurz: der politische Wille zur Veränderung.



Studenten ♂ sind mit der Arbeitsteilung in der Familie häufiger zufrieden.



dass die SDGs im deutschen Bildungssystem bislang nur vereinzelt wahrgenommen, kommuniziert und implementiert werden. Sie werden hauptsächlich dort thematisiert, wo Umweltprobleme und gesellschaftliche Herausforderungen offensichtlich werden. Es lässt sich jedoch noch nicht beobachten, dass nachhaltige Entwicklungsziele durch neue Querverbindungen in die Bildungspläne eingeflossen sind. Eine geschlechtergerechte Umsetzung der SDGs verlangt ein noch höheres Maß an Achtsamkeit und bedeutet, dass mehrere Ziele gleichzeitig bearbeitet werden und eventuelle Konflikte und Dilemmata zwischen diesen Zielen offen thematisiert werden. Hochschulen könnten diese ambitionierte Herausforderung in dreierlei Hinsicht annehmen. Erstens hinsichtlich der Integration in die Lehre, zweitens in der Forschung und drittens bei der organisationalen Integration.



Während Studierende häufig ein hohes Bewusstsein für Umweltprobleme oder Fragen der sozialen Gerechtigkeit aufweisen, scheinen sie Geschlechterungleichheit eher aus den Medien als aus eigener Erfahrung zu kennen. Weder das Schulsystem noch das Studium (zumindest bis zum Abschluss des Bachelorstudiums) sind durch signifikante strukturelle Barrieren für Frauen geprägt. Hinsichtlich der Implementierung in der

5.2 Good Practice "HIS OR HERS"-Kampagne

Interview mit Elke Wolf – Frauenbeauftragte der Hochschule München – zur Kampagne „His or Hers“

WECF: Welche strukturellen Voraussetzungen sind notwendig für eine gleichstellungsorientierte Umsetzung der SDGs?

Elke Wolf (EW): Ich denke, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen den Akteur*innen der Gleichstellungspolitik und den Protagonist*innen für nachhaltige Entwicklung wichtig ist. Beide Themen stellen in Institutionen und Unternehmen i. d. R. Querschnittsaufgaben dar, die zum Beispiel von Stabsstellen in die Organisation getragen werden (sollen). Wenn allerdings zwei parallele Strukturen – eine für Gleichstellung und eine für Nachhaltigkeit – aufgebaut werden, dann wird die gleichstellungsorientierte Umsetzung der SDGs schwierig, da integratives Denken und Handeln somit nicht gefördert wird. An Hochschulen ist diese organisationale Verschränkung eher schwierig, da zwar die Gleichstellungsarbeit gesetzlich verankert ist und mit Stimmrechten und gewissen Ressourcen ausgestattet ist, die Beauftragten für nachhaltige Entwicklung aber eher schwach institutionell verankert sind.

WECF: Welche Rolle können Hochschulen und Wissenschaft Auch in der öffentlichen Hand muss sichergestellt werden, dass ihre Gelder

EW: Jeder Studiengang tangiert mindestens eines der 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, sei es im Bereich Wirtschaft, Soziales oder Umwelt. Geistes-, Wirtschafts-, Sozial-, Verhaltens-, Natur- und Technikwissenschaften müssen zusammen gedacht werden, um komplexe Wechselwirkungen zu verstehen. Laut einer Untersuchung des Rates für Nachhaltige Entwicklung RNE²⁷ zeigt sich,

27) Vgl. Müller-Christ (2017): Studie zur Umsetzung der SDG im deutschen Bildungssystem; https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2017/11/Mueller-Christ_Giesenbauer_Tegeler_2017-10_Studie_zur_Umsetzung_der_SDG_im_deutschen_Bildungssystem.pdf

Forschung müssen sich Hochschulen dieser Herausforderung annehmen. Wer sonst sollte diese komplexe Problematik systematisch durchleuchten und adäquate Lösungsansätze erarbeiten? Die Integration der beiden Querschnittsaufgaben in die Hochschulorganisation ist aus den oben erwähnten Gründen hingegen eher schwierig. Hier ist keine Blaupause durch die Hochschulen zu erwarten.

WECF: Wie könnten Hochschulen die Sensibilität für die Fragen der Geschlechtergerechtigkeit stärken?

EW: Angesichts der zunehmenden öffentlichen Ablehnung einer konstruktiven Auseinandersetzung mit Geschlechterunterschieden ist eine Sensibilisierung für diese Thematik nicht leicht. Auch an Hochschulen, an denen der Frauenanteil bei den Bachelorstudiengängen in den letzten Jahrzehnten bis zur Parität gestiegen ist, wird Gleichstellungspolitik zum Teil als veraltet, überflüssig, vielleicht sogar beleidigend wahrgenommen. Die Frauenbeauftragten der Hochschule München haben daher eine Medienkampagne ins Leben gerufen, die an Frauen und an Männer gerichtet ist. Die Kampagne startete mit einer Plakat-Aktion, bei der über 500 rote Plakate in allen Gebäuden der Hochschule auf stereotype Rollenverteilungen aufmerksam machen. Die Plakate zeigen verschiedene Alltagsgegenstände und Produkte, die zum Hochschulkontext passen, bespickt mit der zentralen Frage der Kampagne: HIS OR HERS? Die Frage offenbart dezent und humorvoll die eigenen Geschlechterstereotype. Wer denkt beim Anblick eines Rennautos nicht an einen Mann oder bei einem Kochtopf nicht an eine Frau? Das Design sollte Aufmerksamkeit schaffen, irritieren und neugierig machen. Zeitgleich zur Plakat-Aktion startete eine Onlineumfrage aller Studierenden der Hochschule München. Mithilfe der Befragung sollten die latenten Einstellungen und geschlechtsspezifischen Rollenmuster der Studierenden transparent gemacht werden und Ansatzpunkte für weitere Aktivitäten der Kampagne und der Hochschule identifiziert werden. Die Fragen

dienten nicht nur der Beschreibung des Status quo, sondern sollten gleichzeitig auch zum Nachdenken über Klischees und „typisch männliche bzw. weibliche“ Kategorisierungen anregen. Über 3000 Studierende nahmen teil. Die Antworten zeigen, wie sie ihre Situation und die Rolle von Frauen und Männern an der Hochschule und darüber hinaus wahrnehmen. So scheinen für viele Studierende Bewertungen oder individuelle Vorteile im Studium durch das Geschlecht beeinflusst zu sein. Der Hörsaal ist also nicht geschlechtsneutral! Dieses Wissen ist für Lehrende die Grundlage für eine geschlechtersensible Lehre. Auch für das spätere Berufsleben scheint das Geschlecht – bewusst oder unbewusst – eine zentrale Rolle zu spielen. Werde ich Führungskraft? Werde ich beruflich gut gefördert? Die zentralen Ergebnisse der Befragung wurden in einer zweiten Plakat-Aktion an die Studierenden zurückgespiegelt.

Elke Wolf, Frauenbeauftragte der Hochschule München (rechts) und Ulla Klotz, „Unternehmen Feuerstelle“ (links)



Begleitet wurde die einjährige Kampagne von zahlreichen Veranstaltungen (Vorträge, Theater, Lesung, Selbstverteidigungsangebote und ein Sommerfest). Abgesehen von den angeregten und

„ Eine enge Zusammenarbeit zwischen Akteur*innen der Gleichstellungspolitik und den Protagonist*innen für nachhaltige Entwicklung ist wichtig

Elke Wolf, Frauenbeauftragte der Hochschule München

teils hitzigen Diskussionen über Sinn, Unsinn und Inhalt der Kampagne – die natürlich nicht exakt „messbar“ sind – haben Studierende auch eigene Aktivitäten initiiert. Dies zeigt, dass die Studierenden durch die Kampagne zur Selbstreflexion und zum eigenständigen Handeln angeregt wurden.

6 Gender-Ranking deutscher Städte. Mehr Macht für Frauen – der Weg führt über die Quote

Zusammengefasst von Katharina Habersbrunner, WECF

Ohne Quote und ohne Wunder würde es noch 128 Jahre dauern, bis eine paritätische Besetzung kommunaler Ratsmandate mit Frauen und Männern erreicht wäre. Das vierte Gender-Ranking deutscher Großstädte²⁸ wurde im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen: Gleichberechtigte Teilhabe setzt sich nicht von alleine durch. Im Vergleich zu vorherigen Studien gibt es Rückschläge, aber auch Lichtblicke. Das vierte Gender-Ranking macht deutlich: Nur 8,2% der Oberbürgermeister*innen deutscher Städte ab 100.000 Einwohner*innen sind weiblich. Im Jahr 2008 waren es noch 17,7%, im Jahr 2013 nur noch 13,9%. „Mehr Macht für Frauen“ ist kein Selbstläufer, von allein setzt sich die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Macht nicht durch.

Aber die Studie von Prof. Lars Holtkamp, Dr. Elke Wiechmann und Monya Buß macht auch Hoffnung. So ist der Frauenanteil unter den Dezernent*innen als einzige politische Spitzenposition stark und kontinuierlich gestiegen: von 18,5% in 2008 auf 29,1% in 2017. Die Wissenschaftler*innen führen dies darauf zurück, dass hier die beruflichen Qualifikationen von Frauen eine größere Rolle spielen als bei der Besetzung rein politischer Ämter. Insgesamt gilt jedoch: Frauen sind gemessen an ihrem Bevölke-

Nur 8,2 Prozent der Oberbürgermeister*innen sind weiblich

Genderranking deutscher Großstädte 2017, Heinrich-Böll-Stiftung

rungsanteil in den kommunalpolitischen Führungsämtern deutscher Großstädte auch 2017 unterrepräsentiert. Je wichtiger und mächtiger der Posten dabei ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass eine Frau ihn besetzt. Die Aussichten auf Frauenpräsenz in den Räten und in kommunalen Führungspositionen verschlechtert sich in Zukunft voraussichtlich noch, weil damit zu rechnen ist, dass die AfD in den nächsten Jahren in noch mehr Kommunalpar-

lamenten vertreten ist als bisher. Die rechtspopulistische Partei unterbietet mit einem Frauenanteil von 11,6% sogar die FDP, die 2008 mit 24,9% das Schlusslicht bildete und seither ihren Anteil nur geringfügig steigern konnte (auf 26,4% in 2017).

Im aktuellen Gender-Ranking der Städte gibt es wieder eine neue Spitzenreiterin: Die Stadt Erlangen in Bayern führt vor den bisherigen Gewinnerinnen Trier und Frankfurt. Dies ist insbesondere auf den hohen Frauenanteil im Erlanger Stadtrat (44%)

zurückzuführen, aus dem sich offenbar auch bessere Aufstiegschancen für Frauen ergeben. Unter den drei stärksten Fraktionen sind es insbesondere Bündnis 90/Die Grünen (62,5%) und die SPD (53,3%), die ihre Quoten übererfüllen. Aber auch die CSU „erfüllt“ das CDU-Quorum (33%) – wenn man dieses für die CSU anwendet – mit einem Frauenanteil von immerhin 35,3%. Die hohe Frauenrepräsentanz lässt sich

mit drei günstigen strukturellen Faktoren erklären. Erstens ist der Anteil der Quotenparteien an allen Ratsmitgliedern hoch. Zweitens gilt für die SPD in Bayern eine höhere Frauenquote von 50%. Drittens werden durch das Wahlrecht (Kumulieren und Panaschieren) die Kandidaturen auf gesamtstädtischer Ebene vergeben. Hier lassen sich durch die hohe Zahl der Kandidat*innen die Frauenquoten besser anwenden.



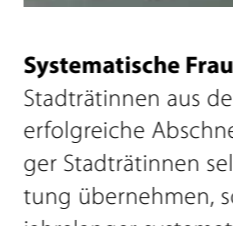
1 Erlangen



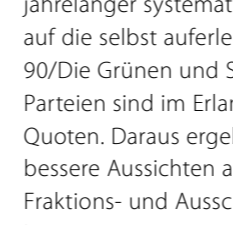
2 Trier



3 Frankfurt



4 Oldenburg



5 Koblenz



6 Oberhausen



7 München



8 Ulm



9 Göttingen



Systematische Frauenförderung hilft

Stadträtinnen aus der Gewinnerstadt Erlangen sagen über das erfolgreiche Abschneiden ihrer Stadt nicht nur, dass die Erlanger Stadträtinnen selbstbewusst sind und gern Verantwortung übernehmen, sondern auch, dass der Erfolg ein Resultat jahrelanger systematischer Frauenförderung ist und außerdem auf die selbst auferlegte Quote von 50% der Parteien Bündnis 90/Die Grünen und SPD zurückzuführen ist. Diese beiden Parteien sind im Erlanger Stadtrat stark und übererfüllen ihre Quoten. Daraus ergeben sich für Frauen offensichtlich auch bessere Aussichten auf kommunale Führungspositionen: Die Fraktions- und Ausschussvorsitze sind zu je 50% mit Frauen besetzt.

Es braucht die verbindliche Quote

Auch wenn es manchen Menschen, auch Frauen, nicht gefällt: Die Botschaft von fast zehn Jahren Gender-Ranking deutscher Großstädte ist eindeutig. Der Weg zur gleichberechtigten Partizipation an der politischen (und auch an der wirtschaftlichen) Macht führt über die verbindliche Quote. Sonst kann man und auch frau viel Zeit mit freundlichen Appellen oder auch wütenden Anschuldigungen verschwenden. Um nicht wirklich 128 Jahre warten zu müssen, sollten Politiker*innen mit einem Ratsbeschluss eine politische Grundlage für eine kommunale, geschlechtergerechte Nachhaltigkeitsstrategie schaffen und die Gleichstellung und geschlechtergerechte Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene beschleunigen.

28) https://www.boell.de/sites/default/files/demokratiereform-03_genderranking_-_baf.pdf?dimension1=ds_genderranking17

7 Im Gespräch über SDGs und Geschlechtergerechtigkeit

7.1 SDGs und Gender in der Stadt Heidelberg

Interview mit Dörthe Domzig,
Amtsleiterin Chancengleichheit, Heidelberg

WECF: Sie setzen die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene um. Welche Handlungsbereiche werden hier berücksichtigt? Welche Methoden und Werkzeuge für Geschlechtergerechtigkeit waren und sind hier besonders wichtig?

Dörthe Domzig (DD): Das Engagement der Stadt Heidelberg deckt sich mit den Handlungsbereichen bzw. Politikfeldern, die durch die Charta eingefordert werden. Hier einige Beispiele:

- **Stadtverwaltung als Arbeitgeberin, Dienstleisterin, Regulierungsbehörde, politische Instanz**
- **Politische Partizipation am zivilgesellschaftlichen Leben**
- **Bildung, Kampf gegen Stereotype**
- **Gesundheit, soziale Dienste, Kinderbetreuung und die Betreuung anderer Familienmitglieder**
- **Wohnen, Stadtplanung**
- **Umwelt und nachhaltige Entwicklung**
- **Sicherheit bzw. geschlechtsspezifische Gewalt**
- **Öffentliches Beschaffungswesen**

Die Charta ermöglichte zunächst die Grundlage für eine *Kommunikationsstrategie*, um erneut die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit für das politische Selbstverständnis der Stadt Heidelberg zu unterstreichen und der inhaltlichen Querschnittsarbeit neuen Schwung mit internationalem Bezug zu verleihen. Dabei ist bedeutend, dass die Agenda der Charta für Geschlechtergerechtigkeit, auch in Verbindung mit Nachhaltigkeit, bereits vielfach zur politischen Kultur in der Stadt Heidelberg passte.

Überzeugt hat uns die *konkrete Ausgestaltung der Charta*. Sie ist Einladung, Ansporn und Anleitung für eine ganze Stadt, sich sichtbar und dauerhaft für Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen. Sie bietet einen guten Rahmen für einen kontinuierlichen und transparenten Kommunikations-, Lern- und Optimierungsprozess bei breiter Beteiligung kommunaler Akteur*innen. Es wird praxisnah dargelegt, wo Einfluss- und Handlungsmöglich-



keiten bestehen, damit proaktiv geeignete Beiträge für mehr Gleichstellung auf kommunaler Ebene erarbeitet werden können. Mit der Festlegung von Wirkungsbereichen fügt sich die Charta in den Kanon unserer gesellschaftlichen Werte: eine lebendige Demokratie ohne Ausschluss, das Streben nach Gerechtigkeit, Diskriminierungsfreiheit und Gewaltfreiheit. Die Charta ist nicht nur ein Programm von angemessener Tragweite und Praxisnähe, sondern bietet einen Rahmen für internationale Bündnisse, um voneinander lernen und im gewünschten Maße kooperieren zu können.

Für die Umsetzung der Selbstverpflichtungen nach formeller Beschlussfassung und Wahrnehmung der Querschnittsaufgaben war und ist es unverzichtbar, auf den gemeinderätlichen Beschluss für einen entsprechenden Produkt- und Leistungsplan für das Amt zurückgreifen zu können. Für die Realisierung des zentralen Instrumentes der Charta sowie die Erarbeitung von Aktionsplänen hat es sich als hilfreich erwiesen, Handreichungen und Orientierungshilfen zur Verfügung stellen zu können und sich für breite Bündnisse zur Erarbeitung von möglichen Maßnahmen einzusetzen, damit die mit der Verwaltung abgestimmten Vorschläge dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden konnten.

WECF: Wie steht die Musterresolution zu SDGs und Europäische Charta zueinander – wo sind Schnittpunkte und Synergien?

DD: Die Charta verpflichtet, die Geschlechtergleichstellung als Grundlage aller Themensetzungen, Entscheidungs-, Umset-

Die Rolle der Kommunen bei der (geschlechter-)gerechten Umsetzung der



Dörthe Domzig setzt die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Heidelberg um

zungs- und Bewertungsprozesse der Kommune zu berücksichtigen. Im Artikel 24 wird ausgeführt, dass dies auch für die nachhaltige Entwicklung bei der Planung und Entwicklung von Zukunftsstrategien für das eigene Hoheitsgebiet gilt, „wozu auch die ausgewogene Integration der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltdimension und insbesondere die Notwendigkeit (zählt), die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern und anzustreben“. Im Hinblick auf die SDGs ergeben sich Schnittpunkte bei den Zielen „Geschlechtergleichstellung“ (SDG 5), „Weniger Ungleichheit“ (SDG 10), „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ (SDG 11) und „Gerechtigkeit“ (SDG 16). Es bieten sich Synergien durch die Stärkung von querschnittsbezogenem Denken und Handeln für Politik und Verwaltung sowie die Zusammenarbeit durch ämterübergreifende Planung und Umsetzung. Das Bewusstsein für die Gleichrangigkeit der Anliegen kann wachsen.

WECF: Gleichstellungspolitik bedeutet die Integration von Gleichstellung in allen Bereichen und in allen Ebenen. Was können wir von Ihren Bemühungen und Erfolgen in allen 17 Nachhaltigkeitszielen lernen?

DD: Die Umsetzung der vielfältigen Ziele geschieht nicht auf einmal. Sie bedarf einer Kontinuität der politischen Verantwortungsübernahme. Sie zeigt sich in der Bereitschaft zur Fokussierung auf die Themen und zur Bereitstellung von ausreichenden Personal- und Sachmitteln sowie der praktischen Mitwirkung bei der fachlichen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und der Gewinnung von Kooperationspartner*innen. Die genannten Agenden bieten einen Rahmen, um sich in der Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Verständnis zu behaupten.

WECF: Welche Vorbilder, Ideen, Visionen haben Sie für die geschlechtergerechte Umsetzung der SDGs in Heidelberg, um hierfür eine breite Öffentlichkeit zu erreichen?

DD: Wir interessieren uns für Austausch und Kooperationen mit skandinavischen Kommunen. Wir streben eine Wiederbelebung von Kampagnen zur politischen Partizipation von Frauen in ihrer



Schwedische Regierungs-Internetseite für Gleichstellung
<https://www.government.se/government-policy/gender-equality/>

Wir interessieren uns für Austausch und Kooperationen mit skandinavischen Kommunen

Dörthe Domzig, Amtsleiterin Chancengleichheit, Heidelberg

Vielfalt mit einschlägigen Kooperationspartner*innen an. Wir möchten das Thema der Förderung eines inklusiven Umgangs auch in dem Sinne entwickeln, dass in den Szenen und Communitys auch eine Sensibilität und Mitwirkungsbereitschaft für die grundsätzlich gemeinsamen Ziele der Achtung der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit und Demokratie, eines friedlichen Miteinanders, der Völkerverständigung und des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gestärkt wird.

WECF: Ist die Agenda 2030 für Ihre Arbeit eher Zusatzaufwand oder Rückenwind?

DD: Im Grundsatz Rückenwind und Ansporn.

8 Internationale Bezüge

8.1 Stadt für Stadt die Welt verbessern – New Urban Agenda

Von Jonas Feist-Held,
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (DGVN)

Mehr als 30 000 Menschen aus aller Welt nahmen vom 17.-20. Oktober 2016 an der Habitat III-Konferenz in Quito, Ecuador teil – darunter Start-Ups, NGOs, junge Aktivist*innen, Unternehmen, Städte und Regierungsmitglieder aus aller Welt. Die Vielfalt der Teilnehmenden spiegelte sich in einer großen Menge an Side-Events, wie Diskussionsveranstaltungen neben dem Hauptplenum, Installationen und Ausstellungen wider, die das Areal der Konferenz im Herzen der ecuadorianischen Hauptstadt füllten. Mit ihrem Engagement für eine lebenswertere Stadt bewegten sie sich am Puls der Zeit. Denn: Die Wichtigkeit nachhaltiger urbaner Entwicklung wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen.

2050 könnten mehr Menschen in Städten leben, als heute auf der Erde überhaupt

Heute leben etwa 54,5% der Menschen in Städten. Bis 2050 sollen es knapp 80% sein. Bei einer dann geschätzten Weltbevölkerung von 9,7 Milliarden wären das knapp 8 Milliarden Menschen. Mehr Menschen also, als heute auf der Erde leben. Städte bedecken zwar nur 2% der globalen Erdoberfläche, aber sie sind auch verantwortlich für 70% des BIP, 60% des Energieverbrauchs, sowie 70% der Treibhausgase und des Mülls. In Städten pulsiert das Leben. Sie sind Orte der Innovation und Kreativität, der Kultur und Kunst, der Erholung und Erschöpfung, sie sind bunt und lebendig. Aber sie sind auch Orte von Armut und Elend, Anonymität und Ausgrenzung, von wachsendem Verkehr und Umweltverschmutzung. Städte sind der Lebensmittelpunkt von immer mehr Menschen. Deshalb gilt: Wir müssen die Zukunft unserer Städte aktiv und vorausschauend gestalten. Genau das schreibt sich die auf der Habitat III-Konferenz im Oktober 2016 in Quito verabschiedete New Urban Agenda auf die Fahnen.

Ihr Hauptziel: Lebenswerte Städte, gestaltet auf Grundlage der Bedürfnisse und Wünsche aller Menschen. Dafür bedarf es mehr und inklusiveren öffentlichen Raum, der für Menschen aller sozialer



Wo, wenn nicht in Städten, sollen die Herausforderungen unserer Zeit gemeistert werden? Sie sind der Ort der größten Herausforderungen und der größten Potenziale. Wollen wir die neuen Nachhaltigkeitsziele erreichen, müssen wir mit der New Urban

Agenda beginnen. In vielerlei Hinsicht ist sie am Puls der Zeit – und sie bietet immensen Spielraum für zivilgesellschaftliches Engagement. **Jonas Feist-Held**

Gruppen und Menschen jeden Alters zugänglich ist, innovative und nachhaltige Verkehrskonzepte, die der wachsenden Umweltverschmutzung den Kampf ansagen, und Wohnungsbau, der nachhaltig ist, weil er inklusiv und ökologisch umgesetzt wird. Städte müssen sichere Orte sein. Das gilt für externe Bedrohungen wie Umweltkatastrophen oder Terrorismus, aber auch für interne Gefährdungen wie organisierte Kriminalität. Diskriminierung und Sexismus wird der Kampf angesagt. Städte, die für Mädchen und Frauen nicht sicher sind, sind für niemanden lebenswert.

Hand in Hand mit der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen

Da viele der globalen Probleme – wie Klimaverschmutzung, Ressourcenverschwendung, Armut oder Ungleichheit – in Städten ihren Ursprung haben, gilt es auf lokaler Ebene anzupacken. Ganz nach dem Motto „think global, act local“. Habitat III war nicht nur die erste Implementierungskonferenz nach der Verabschiedung der neuen Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens – ohne die Umsetzung der in Quito beschlossenen Ziele ist ein Erfolg der anderen Abkommen nur schwer vorstellbar. Die drei Agenden bedingen sich. Die New Urban Agenda ist eng mit dem SDG 11 zu nachhaltigen Städten verknüpft: Neun der siebzehn



Lydia Dietrich war im Münchner Stadtrat die Fürsprecherin für Frauen, Pflegekräfte und für die Münchner LGBT-Community

WECF: Gleichstellungspolitik bedeutet die Integration von Gleichstellung in alle Bereiche und in alle Ebenen (siehe z. B. Gender-Mainstreaming) – was können wir von Ihren Bemühungen und Erfolgen diesbezüglich für die Integration der Gleichstellungskomponente in alle 17 Nachhaltigkeitsziele lernen?

LD: Die Integration von Gleichstellungszielen gelingt zum einen über mühsame Kleinarbeit in einzelnen Bereichen aber auch durch übergeordnete Maßnahmen. Vorbild ist hierbei die Umsetzung von Gender-Budgeting, das alle Bereiche betrifft.

WECF: Welche Vorbilder, Ideen, Visionen haben Sie für die geschlechtergerechte Umsetzung der SDGs in München – Personen, Kommunen, Organisationen, Kampagnen, Aktionen – um hierfür eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen?

LD: Die Umsetzung der Agenda 2030 braucht eine Begleitung in der Öffentlichkeit, die Stadt Utrecht geht hierbei vorbildhaft vor, indem sie Bürgerbeteiligungsverfahren durchführt. Daher habe ich beantragt, dass die LH München ein Hearing veranstaltet, bei dem Städte wie Bonn und Utrecht eingeladen werden. Hierbei soll die Bedeutung und die Notwendigkeit der Umsetzung der SDGs in München dargestellt werden.

WECF: Ist die Agenda 2030 für Ihre Arbeit eher Zusatzaufwand oder Rückenwind?

LD: Die Agenda 2030 bedeutet für meine Arbeit beides. Sie ist eine große Chance, Nachhaltigkeitsziele einzufordern und umzusetzen. Es ist mühsam, da die Bedeutung der Agenda 2030 nicht den Bekanntheitsgrad hat, den ich mir wünschen würde.

7.2 SDGs und Gender in der Stadt München

Interview mit Lydia Dietrich, Vorsitzende der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen, München

WECF: Sie setzen die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene um. Welche Handlungsbereiche werden hier berücksichtigt? Welche Methoden und Werkzeuge für Geschlechtergerechtigkeit waren und sind hier besonders wichtig?

Lydia Dietrich (LD): Die Europäische Charta ist ein umfassendes Papier, das neben der Unterschrift vor allem Aktionspläne fordert. Den ersten Aktionsplan wird die LH München zum Thema Gewalt gegen Frauen auflegen. Darüber hinaus ist die LH München verpflichtet, dem Stadtrat über die Umsetzung der Charta zu berichten.

WECF: München hat auch die Musterresolution zur 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung „Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet. Wie stehen die Musterresolution zu SDGs und Europäische Charta zueinander – wo sind Schnittpunkte und Synergien?

LD: Zwischen der Charta und den SDGs bestehen viele Schnittstellen, insbesondere im Bereich Gleichstellung. Die inhaltliche Umsetzung entsprechend der Charta, z. B. dezentrale Gleichstellungsbeauftragte und Aktionspläne, entsprechen ebenso den Forderungen aus der Agenda 2030. Die Agenda 2030 geht ein Stück weiter als die Charta, da sie kommunale Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht und fordert und vor allem den Gedanken der Nachhaltigkeit an zentraler Stelle formuliert.



Nachhaltigkeitsziele weisen direkte oder implizite Verbindungen dazu auf und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) hat mehr als 660 Projekte mit klimapolitischen Dimensionen registriert²⁹. Nachhaltige Stadtentwicklung ist ein Querschnittsthema. Aber warum braucht es dann eine eigene Agenda?

Das lokale Potenzial entfesseln

Die New Urban Agenda geht weit über die Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaabkommen hinaus. Ihr besonderes Potenzial liegt darin, dass sie nationale als auch lokale Stadtentwicklungsstrategien, lokale Gesetzgebungsrahmen und kommunale Finanzierungssysteme adressiert. Während die anderen Abkommen sich primär an nationale Akteure richten, nimmt die New Urban Agenda Regierungsmechanismen und Akteure auf der lokalen Ebene ins Visier.

Finanzierungsempässe, mangelnde Kompetenzen, die Abhängigkeit von nationalen Strategien: Die Herausforderung für Städte ihrer Stadtentwicklungspolitik eine eigene Handschrift aufzudrücken sind immens. Genau dabei will die New Urban Agenda mit konkreten Policy-Vorschlägen, Strukturreformen und dem Austausch von Best-Practice-Beispielen Abhilfe leisten. Welches Poten-

Regierungen initiiert.³⁰ Erfolgsmodelle – wie beispielsweise das Pariser Leihfahrradsystem Velib – werden über die internationalen Netzwerke geteilt und in anderen Weltregionen umgesetzt. Nicht selten sind es zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die etwa durch Bürgerinitiativen Ideen anstoßen und nicht selten haben erfolgreiche lokale Initiativen auch Einfluss auf die nationale Politik.

Von unten verändern – Verantwortung auf breiten Schultern verteilen

In Zeiten, in denen viele Menschen Angst vor Veränderungen verspüren, die eine immer globalisiertere Welt mit sich bringt, in denen mehr Internationalisierung für viele eher Schwindelgefühle als Euphorie auslöst; in Zeiten, in denen es schwerfällt, einen Zusammenhang zwischen einer globalen Agenda und lokalem Handeln herzustellen; gerade dann ist eine integrative Stadtentwicklungspolitik eine enorme Chance. Partizipative Städte schaffen ein oft vermisstes Identifikationsgefühl und geben Bürger*innen gleichzeitig die Möglichkeit, lokal Entscheidungen zu treffen, die nicht nur sichtbare Veränderungen mit sich bringen, sondern auch Herausforderungen globalen Ausmaßes in Angriff nehmen. Eine Win-Win-Situation: Engagement in den eigenen vier Wänden und unter dem Dach der Vereinten Nationen.

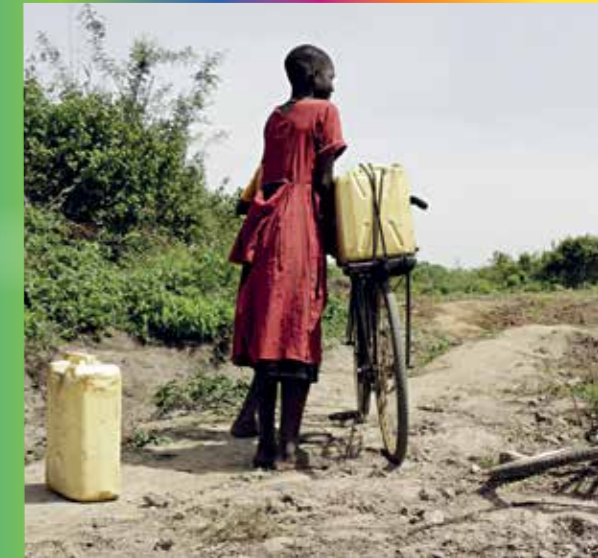
Was zunächst paradox klingen mag, ist die eigentliche Stärke der New Urban Agenda: Städte sind die kleinste Regierungseinheit und am nächsten an den Wünschen, Bedürfnissen und Problemen der Menschen dran. Gleichzeitig bietet der globale Rahmen der Vereinten Nationen einen kohärenten Ansatz und eine Plattform, um Best-Practice Beispiele auszutauschen und die Verantwortung auf breite Schultern, die über die nationalen Regierungen hinausgehen, zu verteilen. Um die New Urban Agenda, die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen zu einem echten Erfolg zu machen, muss aus dem Motto „think global, act local“ nur noch mehr als eine Floskel werden. In Quito, Paris und New York wurden erste Schritte gemacht. Jetzt kommt es auf die Umsetzung der Agenden an – und da sind wir alle gefragt.

// Oft sind es zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die etwa durch Bürgerinitiativen Ideen anstoßen

zial das birgt, zeigen bereits heute die zahlreichen internationalen Städtenetzwerke wie Metropolis, C40 oder ICLEI (Local Governments for Sustainability). 66% aller urbanen Policy-Experimente – also das Ausprobieren und Herumspielen mit neuen Maßnahmen und Instrumenten – werden bereits heute von kommunalen

29) <https://klimalog.die-gdi.de/ndc-sdg/sdg/11/Average>

30) Broto, Vanesa Castán/ Bulkeley, Harriet: A survey of urban climate change experiments in 100 cities, Global Environmental Change 23, 92-102, 2013



8.2 Eine internationale Perspektive: Die Rolle der SDGs in Uganda

Gertrude Kenyangi, Direktorin der NRO Support for Women in Agriculture and Environment (SWAGEN)

WECF: Welche Erwartungen haben Sie persönlich an die Agenda 2030/SDGs?

Gertrude Kenyangi (GK): Ich habe hohe Erwartungen an die SDGs – als erstes multidimensionales Modell, das ökonomische, soziale und ökologische Themen anspricht und Ziele und Indikatoren hat, die Entwicklungen messen und überprüfen können. Die SDGs wurden in einem partizipativen Prozess entwickelt, entgegen den Millennium Development Goals (MDGs) oder anderen Entwicklungsplänen.



Beschprechung in Uganda auf zivilgesellschaftlicher Organisationsebene

// Nur 67% der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser und 48% zu verbesserten Sanitäranlagen...

Gertrude Kenyangi, Direktorin der NRO Support for Women in Agriculture and Environment (SWAGEN)

Es gibt aber auch Bedenken. Während die SDGs als hoffnungsvoller Rahmen für nachhaltige Entwicklung angepriesen werden, verwenden sie keinen Menschenrechtsansatz und verpflichten die Regierungen nicht, die Rechte der Bürger*innen zu respektieren und zu schützen, z. B. bei Landeigentum und Nahrungsmittelsouveränität. Es hätte ein „Ziel“ zur Erreichung partizipativer Demokratie in allen Ländern geben sollen, nach dem es beispielsweise notwendig ist, dass Führungspersonen ihre Machtposition nach einer vorgegebenen Zeitspanne aufgeben.

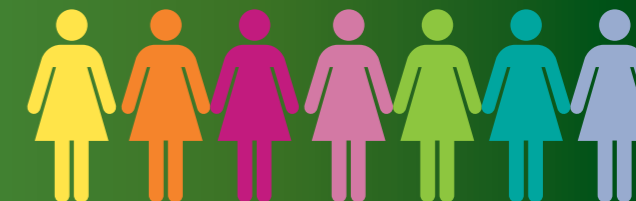
WECF: Welche Relevanz haben die SDGs in Uganda? Wie bekannt sind sie und welchen Einfluss haben sie?

GK: Die SDGs sind sehr relevant für Uganda, weil das Land laut dem „Uganda Demographic and Health Survey“ (UDHS) 2016 sehr desolate Entwicklungsindikatoren aufzeigt. 29% der Bevölkerung leben in absoluter Armut, d. h. unter der US\$ 1,9 Kaufkraftparität (Purchasing Power Parity PPP) der Weltbank. Nur 67% der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser und 48% zu verbesserten Sanitäranlagen, während 6,5% der Erwach-



9 Was hat Geschlechtergerechtigkeit mit Klimawandel und Klimapolitik zu tun?

Von Katharina Habersbrunner und Anja Rühlemann, WECF



senen (zwischen 15 und 49 Jahren) HIV-positiv sind, die Kindersterblichkeit für Kinder (unter 5 Jahren) bei 9% liegt und nur 59% der werdenden Mütter während der Geburt betreut werden. Lediglich 13% der Bevölkerung haben Zugang zum Internet und 38% besitzen ein Mobiltelefon.

Die SDGs sind in der Bevölkerung in Uganda nicht sehr bekannt. Die Mehrheit der Menschen ist damit beschäftigt, ihren Lebensalltag zu bewältigen. Aber es ist wichtig, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Kooperation mit der Regierung die SDGs in einer verständlichen Sprache verbreiten und Terminologien entwickeln, die die Menschen verstehen können und sie motivieren, einen Beitrag zu leisten, z. B. durch persönliche Workshops, Plakate, Kampagnen und weitere Veranstaltungen.

WECF: *Wie realistisch ist die Implementierung der SDGs auf lokaler Ebene in Uganda und in Deutschland?*

GK: Deutschland und Uganda haben gleiche Ziele, aber unterschiedliche Entwicklungsbedürfnisse und Ressourcenzugänge. Dennoch gibt es Herausforderungen, die beide Länder betreffen, wie etwa Geschlechtergerechtigkeit, Klimawandel und Bildung, an denen noch gearbeitet werden sollte, auch in Kooperation miteinander. Die Umsetzung der Agenda 2030 muss nicht nur sicherstellen, dass keine Frau oder kein Mädchen zurückgelassen wird, sondern die ärmsten und verletzlichsten Frauengruppen – z. B. behinderte und indigene Frauen – vorankommen und in Prozesse wie Bildung und Klimaschutz integriert werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass die SDGs unteilbar sind und dass aufgrund des „Dominoeffekts“ bei Nichterreichung eines Ziels alle SDGs scheitern werden.

WECF: *Welches Format wäre für eine gemeinsame Realisierung der SDGs sinnvoll (Uganda und Deutschland)? Vielleicht Städtepartnerschaften?*

GK: Akteur*innen in Uganda und Deutschland, wie z. B. NGOs, die Regierung, religiöse Gruppen etc., müssen die Entwicklungsherausforderungen zunächst identifizieren. Kooperationen zwischen Kommunen und CSOs können beispielsweise sinnvoll sein, wenn konkrete Ziele und Indikatoren festgelegt und vorhandene Ressourcen (finanziell und technologisch) offengelegt werden. Konkret könnten gemeinsame Projekte zu gendergerechten Klimalösungen, dezentraler Energieversorgung, Bildung sowie politischer Teilhabe von Frauen und Mädchen umgesetzt werden.

WECF: *Welches Modell existiert bereits für die geschlechtergerechte Implementierung der SDGs? Sind Ihnen spezifische Ideen, Personen, lokale Gemeinschaften, Organisationen, Kampagnen bekannt?*

GK: Die geschlechtergerechte Umsetzung der SDGs benötigt Entwicklungsakteur*innen, die bewusst Gender-Instrumente und -Methoden einsetzen. SDG 5 und alle anderen geschlechtersensiblen Ziele bilden eine Gleichberechtigungsvereinbarung (Gender Equality Compact), die die Aktionsplattform von Peking³¹ und CEDAW³² (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women) als fundamentale Rahmenbedingung für nachhaltige Entwicklung umfasst, eine Chance bietet und die Dringlichkeit für einen langfristigen Wandel für Frauenrechte und Gleichberechtigung betont. Glücklicherweise hat auch Uganda die Aktionsplattform Peking und CEDAW unterzeichnet und erkennt damit die „Gleichberechtigungsvereinbarung“ an. Sie umfasst zehn Vektoren („10 I’s“), die die Bedingungen für eine beschleunigte Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit gewährleisten sollen. Diese „10 I’s“ sind: Inspiration, Implementierung, „Indivisibility“ (Unteilbarkeit), Institutionen, Investment, Information, Innovation und „Impact“ (Auswirkung).

Klimagerechtigkeit braucht Geschlechtergerechtigkeit

Mit dem steigenden Handlungsdruck in der Klimapolitik und entsprechend ambitionierteren Zielsetzungen wächst auch die Einsicht, dass die Menschen – und damit auch soziale und geschlechtsbedingte Ungleichheiten – stärker in den Blick rücken müssen. Die Folgen der Erderwärmung treffen Frauen und Männer unterschiedlich und verstärken bestehende Diskriminierung – im Globalen Süden, aber auch im Globalen Norden. Im November 2017 wurde auf der Weltklimakonferenz COP23 mit der Verabschiedung des Gender-Aktionsplan (GAP) ein wichtiges Zeichen gesetzt. Ziel des GAPs ist es, den Anteil der Frauen in Entschei-



dungsforen des Klimaprozesses zu erhöhen, Politiker*innen über die Gleichstellung von Frauen und Männern in Klimafinanzierungsprogrammen zu schulen sowie Frauenorganisationen für lokale und globale Klimaschutzmaßnahmen zu gewinnen. Die Vertragsstaaten sollen zudem geschlechtsspezifische Daten erheben sowie ihre Klimapolitik einer systematischen Genderanalyse unterziehen.

Denn noch immer fließen nur 0,01% der gesamten Klimafinanzierung in geschlechtergerechte Klimalösungen³³, und nach wie vor sind Frauen mit weniger als 30% in der Leitung der Regierungsdelegationen vertreten³⁴. Und das, obwohl längst bekannt ist, dass der Klimawandel nicht geschlechtsneutral ist. Frauen haben in vielen Gesellschaften weniger Entscheidungsmacht und Ressourcen wie Zugang zu Finanzmitteln, Eigentum, Technologie und Bildung. In armen Ländern zwingen die Folgen des Klimawandels Frauen und Mädchen immer längere und beschwerlichere Arbeit auf, um ihre Felder zu bewirtschaften oder den Haushalt mit Energie und Wasser zu versorgen. Auch in Deutschland sind Frauen weiterhin schlechter gestellt, wenn es um politische Entscheidungsmacht, Einkommen oder Verteilung der Familienarbeit geht. Diese „Genderrollen“ prägen ihren Umgang mit Umwelt und Klima.

31) <https://www.unwomen.de/schwerpunkte/peking-20/die-aktionsplattform-von-peking.html>
32) <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/>

33) <https://portals.iucn.org/library/sites/library/files/documents/2015-039.pdf>
34) <https://unfccc.int/resource/docs/2017/tp/08.pdf>



Dass Risiken, egal ob wirtschaftlicher oder ökologischer Herkunft, am wenigsten von den sozial und wirtschaftlich schwächsten Gliedern der Gesellschaft abgedeckt werden können, sollte keinen mehr überraschen. Dass in Deutschland die Ungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern im Hinblick auf Ressourcenzugang, Einflussnahme und Teilhabe weiterhin toleriert wird, jedoch schon „Genderrollen“, durch welche die Versorgungs- und Hausarbeit mehr von Frauen übernommen werden, sind noch immer präsent. In Deutschland wenden Täglich Frauen mit 4 Stunden, 13 Minuten im Durchschnitt immer noch deutlich mehr Zeit für diese Arbeiten

eingeschränkt; „Genderrollen“ erlauben, dass Frauen für die gleichen Jobpositionen und Tätigkeiten im Durchschnitt 22% weniger Gehalt als Männer erhalten, dass ein 30:70 Anteil der Frauen gegenüber Männern in Führungspositionen toleriert wird³⁷ und dass Frauen im Vergleich zu Männern stärker in alle Formen der Armut (bspw. Energiearmut, Altersarmut) getrieben werden³⁸. Für eine nachhaltige Entwicklung im umfassenden Sinne des Wortes und zum Wohle der gesamten Gesellschaft müssen diese „Genderrollen“ der Vergangenheit angehören.

Was heißt das für die Klimapolitik und den Klimaschutz? Der öffentliche Nahverkehr muss so ausgelegt sein, dass dem Mobilitätsbedarf für die Versorgungsarbeit Rechnung getragen wird. Wer Kinder oder Ältere betreut, legt kompliziertere Wegstrecken zurück als Menschen, die zur Arbeit pendeln. Wer mit Kinderwagen oder Rollstuhl unterwegs ist, braucht Raum und Barrierefreiheit. Wer einkauft und die Hausarbeit macht, trifft täglich viele klimarelevante Entscheidungen, die sich trotz Umweltbewusstsein oftmals am Einkommen orientieren. Denn, biologisch angebaute Produkte sind oft teurer und dafür sind oft zusätzliche und längere Wege zurückzulegen. Klimapolitisch bedingte Mehrkosten treffen vor allem Geringverdienende, demnach hauptsächlich Frauen – die häufiger als Männer als Alleinerziehende täglich „Multitasking“-Herausforderungen bewälti-

// Der GAP ist eine Chance, denn: Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit.

auf als Männer mit 2 Stunden, 46 Minuten³⁵. Bei den reinen Sorgertätigkeiten, etwa für Kinder, Ältere, Nachbarn oder Flüchtlinge, ist der Unterschied sogar noch größer. Täglich leisten Frauen 52% mehr unbezahlte Sorgertätigkeiten als Männer³⁶. Dadurch sind sie in ihrer Mobilität und wirtschaftlichen und sozialen Entfaltung

35) Bundeszentrale für Politische Bildung, Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung & Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“. Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin: bpb; Destatis, 2016.
 36) Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Frankfurt (Oder), 2017.
 37) European Commission. 2017 Report on equality between women and men in the EU. Brüssel: EC, 2017.
 38) Alber. Gender, cities and climate change. Thematic report for Cities and Climate Change Global Report on Human Settlements 2011. Nairobi, Kenia : UN-HABITAT, 2010.

gen müssen. Statt in Energieeffizienz und erneuerbare Energien investieren zu können, kämpfen die unteren Einkommensgruppen eher mit Energiearmut³⁹. Im Gegensatz dazu kommen Fördermittel für Energiemaßnahmen häufig Eigenheimbesitzern zugute, die eher über Mittelschichtseinkommen verfügen.

Demnach sind Frauen aufgrund von Vielfachbelastung wie Erwerbsarbeit, Sorgetätigkeiten und Hausarbeiten bei einem durchschnittlich geringeren Einkommen als Männer eher betroffen und zugleich weniger in politische Entscheidungen eingebunden. Diesen negativen Effekten einer gender-blinden Nachhaltigkeitspolitik muss bewusst gegengesteuert werden – durch gendersensible Maßnahmen in allen Politikbereichen, wie z.B. Gender-Budgeting und Instrumente zur Wirkungs- und Verteilungstransparenz.

Dies gilt ganz besonders für die kommunale Ebene, wo Klimapolitik konkret wird und dem Alltag und Bedürfnissen aller Menschen gerecht werden muss.

Denn viele Umfragen zeigen: Frauen sind im Durchschnitt umweltfreundlicher eingestellt als Männer, und Frauen sind meist auch häufiger bereit, sich aktiv für den Schutz der Umwelt einzusetzen⁴⁰. Dabei können aber auch geschlechterspezifische Einkommensunterschiede eine Rolle spielen. Auch, aber nicht nur wegen ihres durchschnittlich geringeren Einkommens sind Frauen weniger auto- und dafür mehr klimafreundlich mobil. Während Frauen, wie auch bei anderen Konsumentscheidungen, meist mehr auf Umweltaspekte achten, bewerten Männer z. B. beim Autokauf Faktoren wie Komfort, Design oder Innovationen durchschnittlich höher als Wirtschaftlichkeit und Spritverbrauch. Sie erwarten häufiger mehr von technischen Lösungen, während Frauen im Schnitt eher auf Verhaltensänderungen setzen⁴¹. Solche Unterschiede gelten selbstverständlich nicht für alle Frauen bzw. Männer gleichermaßen. Den-



39) Alber. Gender, cities and climate change. Thematic report for Cities and Climate Change Global Report on Human Settlements 2011. Nairobi, Kenia : UN-HABITAT, 2010.
 40) Weller, Ines, et al., et al. Chancengerechtigkeit im Klimawandel. Bremen/Berlin: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit; Gender CC - Women for Climate Justice e.V., 2016.
 41) Weller, Ines, et al., et al. Chancengerechtigkeit im Klimawandel. Bremen/Berlin: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit; Gender CC - Women for Climate Justice e.V., 2016.
 42) https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/170904_masterplan.pdf



noch sind diese „Genderrollen“ vorhanden, sie sind tief in unsere Gesellschaft eingebettet – auch in urbanen Strukturen.

Dazu kommt, dass sich soziale Kategorien wie Geschlecht, Alter, Einkommen oder Bildung miteinander verschränken, so dass sich Effekte zum Teil kompensieren, häufig aber auch verstärken können. Auch im einkommensreichen, angeblich aufgeklärten Deutschland kann eine Person schon allein dadurch benachteiligt sein, weil sie eine Frau ist. Aber die „volle Wucht“ der möglichen Benachteiligungen kann erfahren werden, wenn hohes Alter, geringes Bildungsniveau und niedriges Einkommen hinzutreten⁴². Gerade auf kommunaler Ebene sollte die Klimapolitik deshalb Benachteiligung und auch Privilegien erkennen und Wege finden, mit dem Schutz des Klimas zugleich sozialer Ungleichheit und Diskriminierung zu begegnen.

Kommunale Ebene

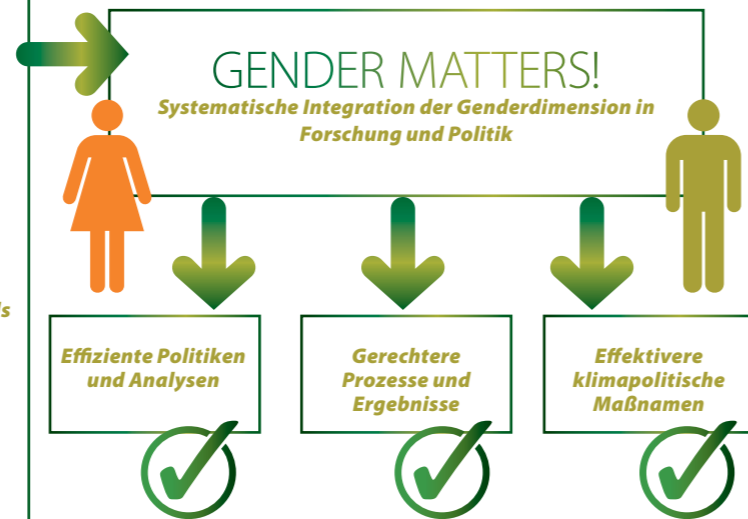
Kommunen übernehmen eine wichtige Rolle in der Umsetzung der Klimaziele. Eine klimaneutrale Stadt kann nur über einen tiefgreifenden Transformationsprozess erreicht werden, der alle Facetten einbeziehen muss, also nicht nur materielle oder ökonomische, sondern auch gesellschaftliche und geschlechterspezifische Aspekte. In der „New Urban Agenda“⁴³, dem globalen Fahrplan für nachhaltige Stadtentwicklung der UN-Habitat, wird zu Recht die Rolle von Geschlechtergerechtigkeit bei Planungen und Maßnahmen in



Geschlechterdimension von Klimapolitik

- Individuelle Beiträge zur Verursachung des Klimawandels
- Handlungsmöglichkeiten zur Verringerung der persönlichen CO2-Emissionen (z.B. Einkommen / Vermögen, Zugang zu Ressourcen / Dienstleistungen)
- Partizipation an klimapolitisch relevanten Entscheidungen / Politikprozessen
- Reaktionen auf Klimapolitische Politikmaßnahmen / Angebote (Verhalten)
- Betroffenheit hinsichtlich sozialer / ökonomischer Nebeneffekte klimapolitischer Maßnahmen
- Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels (z.B. Hitzewellen oder andere Extremwetterlagen)
- Handlungsmöglichkeiten der Vorsorge / Reaktion (Anpassung) mit Blick auf die Folgen des Klimawandels (z.B. Einkommen / Vermögen, Zugang zu Ressourcen / Dienstleistungen)
- Reaktionen auf Politiken gegen die Folgen des Klimawandels (Anpassungspolitik)
- Zugänge / Beiträge zur Analyse der Klima-(Folgen-) Problematik, ihrer Bewertung und der Entwicklung von Expertise der Gegensteuerung (Repräsentanz in Wissenschaft / Zuteilung Forschungsgelder)
- Partizipation an Politiken, die mit Blick auf die Anpassung an den Klimawandel relevant sind
- Zugänge zum / Repräsentanz im öffentlichen Diskurs (Medien / Multiplikatoren der Bewertung von Klimawandel und der Entwicklung von Zukunftspolitiken / -perspektiven)

“ Frauen leisten täglich 52% mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer



Grafik 1: Geschlechterdimensionen der Klimapolitik
Quelle: Gutachten zum Masterplan 100% Klimaschutz Potsdam 2050⁴⁴

dersensibel durchgeführt werden. Dabei wird in allen Planungsschritten systematisch nach den geschlechts-, alters- und gruppen-spezifischen Bedarfen, Interessen und Auswirkungen gefragt.

Dies ist wichtig, aber nicht ausreichend: Klimapolitische Maßnahmen müssen so priorisiert und ausgestaltet werden, dass sie soziale oder geschlechtsbedingte Benachteiligungen nicht



verstärken. Stattdessen müssen auch die positiven Effekte der Klimaschutzmaßnahmen – z. B. geringere Energiekosten, weniger Luftverschmutzung und Lärm oder das Schaffen von Jobs – maximiert und gerechter verteilt werden.

Die „autogerechte Stadt“ prägte den Städtebau der 1950er/1960er Jahre und muss heute schrittweise abgebaut und umdefiniert werden. Eine geschlechtergerechtere Stadt würde demgegenüber auch den Bedürfnissen und Mobilitätsmustern, die sich aus der Versorgungsarbeit ergeben, gleichgewichtig Raum geben. Auf allen



Grafik 2: living gender
Quelle: Planungshandbuch living_gender⁵⁰

Ebenen und auch auf kommunaler Ebene sind Männer bei klimarelevanten Entscheidungen meist überrepräsentiert. Schlüsselbereiche wie Energie- und Wasserversorgung und Verkehr sind sowohl in den Unternehmen, bei der Planung als auch in der Umsetzung, etwa in der Energieberatung oder in einschlägigen handwerklichen Berufsfeldern, stark männerdominiert⁴⁶. Daher müssen bei kommunalen Klimaschutzplänen und Beteiligungsverfahren Frauen, Männer, Familien, etc. gleichermaßen angesprochen und eingebunden werden. Bei der Erstellung von Klimaschutzplänen sind Themen wie geschlechtsspezifische Konsummuster, Zuständigkeit für Versorgungsarbeit und Gender-Budgeting zu berücksichtigen.

Es gibt sie, die positiven Beispiele!

Einige Städte haben hier bereits Konzepte entwickelt und auch dokumentiert. Potsdam setzt beim „Masterplan 100% Klimaschutz – Potsdam 2050“ auf soziale Balance und Geschlechtergerechtigkeit⁴⁷. Grafik 1 veranschaulicht die Geschlechterdimensionen, die im Potsdamer Klimaschutzplan berücksichtigt werden, zum Beispiel „Betroffenheit hinsichtlich sozialer/ökonomischer Nebeneffekte klimapolitischer Maßnahmen“. Die Stadt Wien hat eine Vielzahl quartiersbezogener gendersensibler Planungsprozesse durchgeführt und v.a. das Beispiel Wien Meidling (Beitrag auf Seite 8) zeigt eindrucksvoll, wie geschlechtergerechte Maßnahmen bei der kommunalen Stadtentwicklung umgesetzt werden und breite Akzeptanz finden⁴⁸. Für ganz Österreich wurde das Planungshandbuch „living_gender“ erarbeitet, das Projektentwickler*innen und Planer*innen dabei unterstützt, gender- und diversitätsgerechten Wohnungsbau in die Praxis umzusetzen⁴⁹. Diese Beispiele zeigen, wie Kommunen bei Klimaschutzplänen materielle, ökonomische und gesellschaftliche Aspekte berücksichtigen und bei der Umsetzung ihrer Klimaziele erfolgreich agieren sowie die Akzeptanz der Bürger*innen hierfür haben.

allen Bereichen urbaner Nachhaltigkeit betont. Die 2016 beschlossene „Agenda“ fordert von den Städten „nachhaltige, den Menschen in den Mittelpunkt stellende, alters- und geschlechtergerechte und integrierte Konzepte der Stadt- und Raumentwicklung zu beschließen“⁴⁵. Deshalb sollten Planungen, etwa auf Quartiersebene, gen-

43) <http://habitat3.org/the-new-urban-agenda/>
44) https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/170904_masterplan.pdf
45) United Nations. The new urban agenda, <http://habitat3.org/the-new-urban-agenda/>

46) Price Waterhouse Coopers. Frauen in der Energiewirtschaft. Frankfurt a.M.: PricewaterhouseCoopers, 2014. Zugriff am 17.1.2017. Verfügbar unter: https://www.pwc.de/de/energiewirtschaft/assets/studienergebnisse_frauen-in-der-energiewirtschaft.pdf
47) https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/170904_masterplan.pdf
48) Stadtentwicklung Wien. Handbuch Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung. Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung. 2013.
49) Living_gender, 2014. <http://www.livinggender.at>

10 Ergebnisse der empirischen SDG-Umfrage von WECF

Vernetzung, Wissen und Verständnis für SDGs

Von Katharina Habersbrunner, WECF

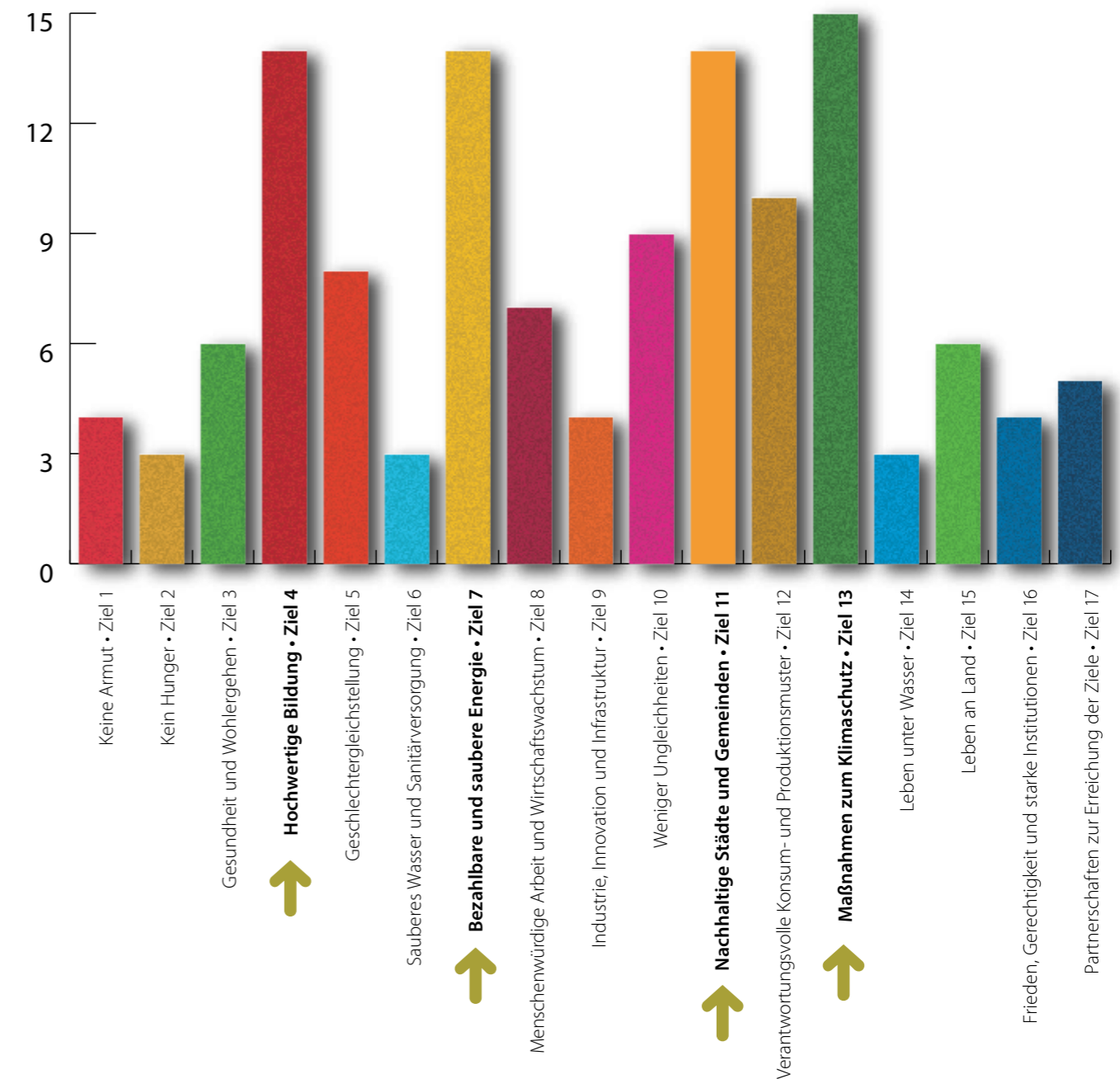
WECF hat per Onlinefragebogen Mitarbeiter*innen von Kommunalverwaltungen, Parteien, Stadträt*innen, Gleichstellungsbeauftragte und Vertreter*innen von NROs zu den SDGs allgemein und zur geschlechtergerechten Umsetzung der SDGs befragt. Insgesamt wurden 29 Fragebögen zurückgeschickt. Davon gaben 8 befragte Personen an, keine Auskunft geben zu können aufgrund keiner oder zu geringer Kenntnis über die SDGs. Von den 21 ausgefüllten Fragebögen wurden 14 von kommunalen bzw. politischen Vertreter*innen und 7 Fragebögen von zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen beantwortet.

Ergebnissen zur Frage: Was sind die größten Hindernisse für eine geschlechtergerechte Umsetzung der SDGs?

- **Fehlende Priorität und fehlender politischer Wille für SDGs**
- **Keine klaren Zuständigkeiten, Ordnungsstrukturen und Budgets**
- **Fehlendes Wissen und Informationen und Verständnis für Bedeutung der SDGs**
- **Bestehende sektorale Strukturen passen nicht zur inklusiven und querschnittsbezogenen Herangehensweise der SDGs**
- **Müdigkeit bei Fragen zu Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Klimaschutz**
- **Fehlende mutige Entscheidungen, die eine echte Transformation ermöglichen würden**
- **Wenig erfolgreiche und sichtbare Modelle für (gendergerechte) Umsetzung der SDGs**



Ergebnissen zur Frage: Welche SDGs sind für Ihre Abteilung/Organisation am wichtigsten?

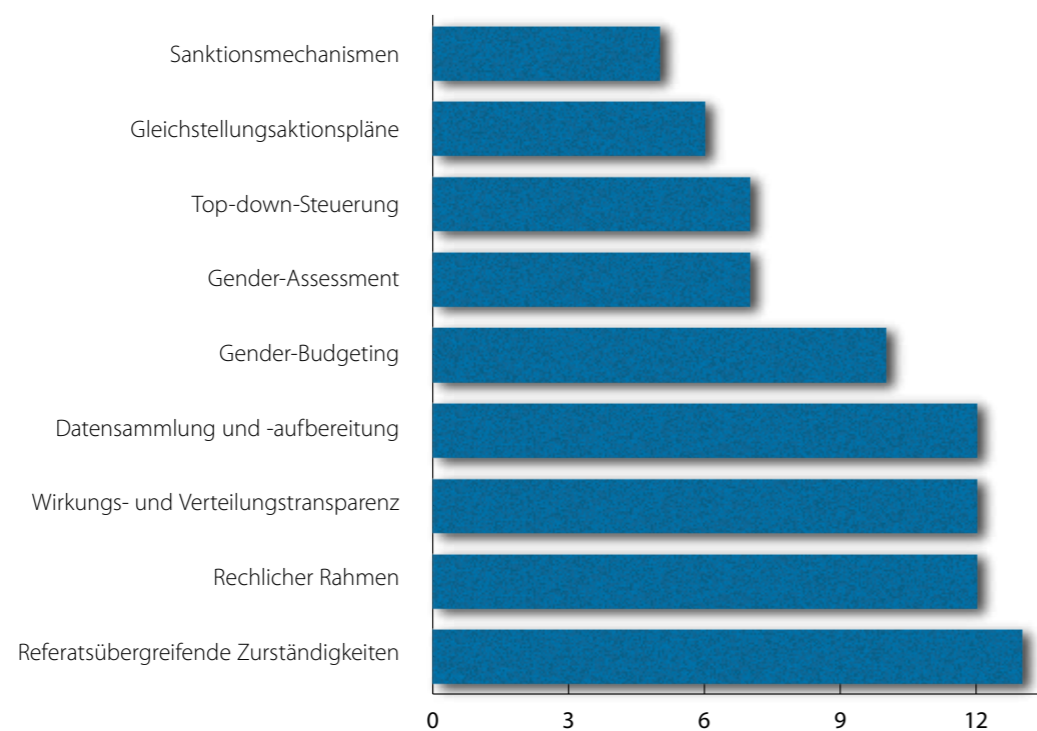


Ergebnissen zur Frage: Welche SDGs sind für Ihre Abteilung/Organisation am wichtigsten?

Es waren Mehrfachnennungen möglich. Die am meisten genannten SDGs waren 13 (15 Nennungen), 4, 7 und 11 (jeweils 14 Nennungen), SDG 12 (10 Nennungen) und SDG 10 (9 Nennungen). Mit jeweils 3 Nennungen wurden SDG 2 (Hunger), 6 (Wasser) und 14 (Meeressystem) am wenigsten genannt. SDG 5 (Geschlechtergerechtigkeit) wurde 8-mal genannt. Der Klimaschutz, SDG 13 wurde von den Befragten öfter genannt als das Ziel 11 für Städte und Siedlungen. Je-

doch ist der Klimaschutz in einigen Kommunen immer eher ein „Add-on“ zu den kommunalen Aufgaben und nicht Teil der Daseinsvorsorge, z. B. werden Klimaanpassungsstrategien oft nicht von Beginn an im Planungsbereich und bei Bauvorhaben mitgedacht. Den Bereichen Bildung, erneuerbare Energieversorgung und Städte und Siedlungen wird auch eine hohe Bedeutung zugemessen. Die Priorität der Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5) wird jedoch geringer eingeschätzt.

Ergebnissen zur Frage: Was sind die erforderlichen Methoden und Werkzeuge für eine geschlechtergerechte Umsetzung der SDGs?



Ergebnissen zur Frage: Was sind die erforderlichen Methoden und Werkzeuge für eine geschlechtergerechte Umsetzung der SDGs?

Es waren Mehrfachnennungen möglich. Den referatsübergreifenden Zuständigkeiten wird mit 13 Nennungen eine hohe Bedeutung zugemessen. Da Kommunalverwaltungen noch stark sektoral ausgerichtet sind, für eine geschlechtergerechte Umsetzung der SDGs jedoch integrative und querschnittsbezogene Ansätze wichtig sind, ist dieser Punkt von großer Bedeutung. Mit jeweils 12 Nennungen wurden ein verbindlicher rechtlicher Rahmen, Wirkungs- und Verteilungstransparenz sowie Datensammlung und -aufbereitung aufgeführt. Sanktionsmechanismen werden mit 5 Nennungen als am wenigsten erfolgversprechend angesehen.

Auch wenn 21 befragte Personen noch keine repräsentativen Ergebnisse ermöglichen, wird deutlich, dass es klare Forderungen für nachhaltige und geschlechtergerechte kommunale Strukturen gibt. Ein offener und mutiger Politikstil ist gefordert. Prozesse zur Umsetzung der SDGs können auf bestehenden Institutionen aufbauen und diese neu beleben. Doch hierzu müssen die kommunalen Akteur*innen die Agenda 2030 und deren Maßnahmen, Werkzeuge und Indikatoren kennen und einen Bezug zu ihrem Handeln herstellen.

Ergebnis zur Frage: Was sind die Erwartungen an Kommunalpolitiker*innen für eine geschlechtergerechte Umsetzung der SDGs?

- **Klares politisches Bekenntnis zu SDGs durch Beschlüsse (innen) und Kampagnen (außen)**
- **Austausch mit anderen Städten und Kommunen**
- **Dialog mit Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, z. B. in Form eines Zukunftsrates**
- **Bereitstellung von Zeit und Know-how für nachhaltige Projekte und Strategien**
- **Planung und Umsetzung übergreifender und geschlechtergerechter SDG-Projekte**
- **Treffen konkreter und mutiger Entscheidungen:**
 - Mehr Gerechtigkeit (faire Ressourcenverteilung)
 - Rascher Umstieg auf nachhaltige Mobilität
 - Emissionsfreie Energieversorgung
 - Klimaneutrales Bauen
 - Nachhaltige Kriterien für Beschaffungswesen
- **Identifikation, Stärkung und Organisation von Akteur*innen des Wandels, z. B. durch Bildung eines Netzwerkes für existierende SDG-Initiativen**



11 Fazit: Agenda 2030 für Kommunen – Zusatzbelastung oder Rückenwind?

Von Katharina Habersbrunner, WECF

Es zeigt sich ein vielschichtiges Bild: Car-Sharing, Energiegenossenschaften, Schulen mit fortschrittlichen Konzepten, Repair-Cafés, Geben-und-Nehmen-Stationen, geschlechtergerechte Stadtteilentwicklung, Vereine und Verbände, Bürgerstiftung, barrierefreie Mobilität, flexibel nutzbare Grünflächen, Vermeidung von Angsträumen – viele Projekte und Impulse für lebenswerte und inklusive Städte berücksichtigen zielgruppenorientierte Planung und werden von Kommunen bereits umgesetzt und im Dialog mit Bürger*innen entwickelt. Es ist festzustellen, dass viele Kommunen nachhaltige und gleichstellungsorientierte Anforderungen ernst nehmen, jedoch nachhaltige Entwicklung und zielgruppenorientierte Planung noch lange kein Selbstläufer sind. Die Agenda 2030 und auch die Charta für die Gleichstellung bieten einen unterstützenden Rahmen, in dem sich die Kommune bewegen kann, den aber jede Kommune auch immer wieder neu individuell für sich interpretieren muss. Die dazu erforderlichen integrativen und querschnittsbezogenen Ansätze sind jedoch auf kommunaler Ebene noch nicht sehr ausgeprägt, bedingt durch eine sektoral ausgerichtete Organisation. Die positiven Beispiele zeigen das Vorhandensein von entsprechendem fachlichem Know-how, die Aufgeschlossenheit gegenüber dem Thema Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit und ein starker politischer Wille, die in einem längeren Prozess positiv zusammenwirken. Es wächst aber in den Kommunen neuerdings das Interesse an integrierten Ansätzen, da sich die Erkenntnis durchsetzt, dass sektorale Strategien angesichts der großen Zukunftsthemen nicht mehr ausreichen.

Welche Instrumente und Ansätze braucht es?

Nachhaltige Stadtentwicklung ist ein Querschnittsthema. Die Beiträge zeigen positive und erfolgreiche Modelle für nachhaltige und geschlechtergerechte Projekte, aber auch die Hürden, v. a. in Form von fehlendem politischem Willen, keinen klaren Zuständigkeiten sowie keinen bzw. zu geringen Kenntnissen. Damit nachhaltige und geschlechtergerechte Entwicklung auf kommunaler Ebene gelingen kann, ist Folgendes erforderlich:

- **Bekanntheit und Sichtbarkeit:** Informationen und Kenntnisse über die Agenda 2030, um einschätzen zu können, welche kommunale Entscheidung einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leistet

- Nutzen und Anwenden von etablierten **Methoden und Instrumenten** wie Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting sowie geschlechteraggregierten Daten
- **Vernetzung** mit verschiedenen Akteur*innen und Bildung kommunaler Nachhaltigkeitsbündnisse, um vorhandene Erfahrung zu nutzen und zielgruppenorientierte Bedürfnisse zu berücksichtigen
- **Politischer Wille und breiter politischer Konsens** durch Ratsbeschlüsse, Nachhaltigkeitsstrategien und Gleichstellungspläne, die effektiv und querschnittsbezogen entwickelt und umgesetzt werden
- Entwicklung von **Visionen für eine nachhaltige Zukunft**, um aufzuzeigen, wofür sich das Engagement lohnt, z. B. für geschlechtergerechte Renten, einen klassenunabhängigen Bildungs- und Gesundheitszugang, saubere Luft in Innenstädten etc.
- Stärkung und Ausbau von **Akteur*innen des Wandels und treibenden Kräften**, die weitere Multiplikatoren motivieren und keine Interessenkonflikte scheuen, wie z. B. Klimaschutzmanager*innen, kirchliche und zivilgesellschaftliche Organisationen

Die **New Urban Agenda, die Agenda 2030** und das **Pariser Klimaabkommen** bedingen sich gegenseitig nach dem Motto „think global, act local“. Auf kommunaler Ebene werden lokale Stadtentwicklungsstrategien, lokale Gesetzgebungsrahmen und Finanzierungssysteme adressiert und lokales Potenzial entfesselt. Jede kommunale Entscheidung muss einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Die globalen Nachhaltigkeitsziele sind dabei mehr als eine zusätzliche Aufgabe oder gar ein Zusatzaufwand: Als Kernaufgabe und handlungsleitendes Motiv sind sie elementar für die zukunftsfähige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden, die alle Menschen mit einbezieht und niemanden zurücklässt. Dabei gilt für eine nachhaltige Stadtentwicklung Gleiches wie für eine geschlechtergerechte Planung: Es braucht Vorbilder, Visionen und ambitionierte Projekte, um abstrakte Konzepte mit Leben zu füllen. Insofern formulieren die SDGs nicht nur Ziele, sondern dienen auch als Wegweiser, denen Verwaltungen, Kommunen und Bürger*innen folgen können. Dazu gehört, eine Balance zu finden zwischen einem Verständnis von Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe und den spezifischen sektoralen Herausforderungen.

ANHANG

I WECF im Kurzportrait

WECF mit internationaler, nationaler und regionaler Erfahrung in nachhaltiger Entwicklung: 1992 fand der Erdgipfel statt, und in den 90er-Jahren gab es eine Reihe internationaler und regionaler Gipfel, die Sozialpolitik und Gendergerechtigkeit in den Vordergrund rückten. Aus diesem Kontext heraus haben Expert*innen, die gemeinsam für eine nachhaltige Entwicklung arbeiten wollten, *Women in Europe for a Common Future (WECF)* mit Sitz in den Niederlanden als Stiftung gegründet (1994) und sich als Netzwerk weiterentwickelt. Philosophie von WECF war es von Anfang an, den Projektpartner*innen und Netzwerkmitgliedern die selbstständige Ausführung von Beratungsarbeit und die Implementierung von Projekten im Rahmen des Netzwerkauftrages zu ermöglichen. Das stellte sich bald als erfolgreich heraus. Heute ist das Fachwissen von WECF zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung auf lokaler, nationaler sowie globaler Ebene anerkannt und gefragt.

WECF (heute: *Women Engage for a Common Future*) ist eine gemeinnützige NRO, die von Niederlassungen in den Niederlanden, in Deutschland, Frankreich und Georgien koordiniert wird. WECF erhält Zuwendungen von Stiftungen, privaten Spendern und ministeriellen und institutionellen Geldgebern. WECF hat beratenden Status beim ECOSOC (Economic and Social Council) der Vereinten Nationen, ist offizieller Partner des United Nations Environment Programme (UNEP) und Mitglied des Europäischen Komitees für Gesundheit und Umwelt (EEHC).

WECF als Partner für Kommunen, um SDGs umzusetzen

Diese fünf WECF-Themenbereiche spiegeln den universellen Ansatz der SDGs und den Grundgedanken der Integration von wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit wider. Mit der Verabschiedung der SDGs im Jahr 2015 wurde von den UN-Staaten festgeschrieben, woran WECF schon lange arbeitet. Das verstehen wir als Auftrag, als erfahrene und kompetente Partner für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele aufzutreten.



Die fünf Themengebiete

WECF engagiert sich in folgenden fünf Themengebieten mit einem Fokus auf Geschlechtergleichheit und ist der Ansicht, dass Fortschritte in allen Bereichen für eine nachhaltige Entwicklung notwendig sind:

1 Energie & Klimaschutz – Klimaschutz und sichere, nachhaltige Energie für alle

2 Chemikalien, Gesundheit & Abfallmanagement – eine Umwelt ohne gesundheitsschädigende Chemikalien für alle

3 Wasser, Sanitärversorgung & Abwassermanagement – Zugang zu sauberem Wasser und sicherer sanitärer Versorgung für alle

4 Nahrungsmittel & Erhalt der Biodiversität – gesunde, vielfältige, genmanipulationsfreie Nahrungsmittel für alle

5 Gleichberechtigung, Umweltrechte und Öffentlichkeitsbeteiligung



II Autor*innen und Interviewpartner*innen

BÖHNKE, ROBERT	Referent beim Rat für Nachhaltige Entwicklung, Berlin
DIETRICH, LYDIA	Vorsitzende der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen, München
DOMZIG, DÖRTE	Amtsleiterin beim Amt für Chancengleichheit, Heidelberg
FREIST-HELD, JONAS	Mitglied der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) und seit 2015 europäischer Vertreter im Jugendbeirat von UN-Habitat.
FINNERN, FREYA	Ko-Koordinatorin beider SDG-Workshops im Namen von WECF
HABERSBRUNNER, KATHARINA	Vorständin bei WECF sowie Expertin für gendergerechte Klima- und Energiekonzepte
KENYANGI, GERTRUDE	Direktorin bei der ugandischen NRO SWAGEN (Support for Women in Agriculture and Environment)
KÖHLER, GABRIELE	Vorständin bei WECF Deutschland sowie bei der Deutschen Gesellschaft der Vereinten Nationen (DGVN)
MARTENS, JENS	Geschäftsführer des Global Policy Forums (New York) und zugleich seit 2004 Geschäftsführer von Global Policy Forum Europe (Bonn)
MOHR, ANNEMARIE	Direktorin WECF e.V.
RÜHLEMANN, ANJA	Junior Referentin Klima und Energie bei WECF
STOCK, ANKE	Vorständin bei WECF sowie Gender-Expertin
WOLF, ELKE	Frauenbeauftragte der Hochschule München, Fakultät für Wirtschaftsingenieurwesen

IV Zum Weiterlesen

- 2015: Deutsche Nachhaltigkeits-Architektur und SDGs – Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/migration/documents/RNE_Stellungnahme_Deutsche_Nachhaltigkeits-Architektur_und_SDG_26-05-2015.pdf
- 2014: WBGU-Politikpapier – Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken. Ein Beitrag zur SDG-Debatte. <https://www.wbgu.de/pp8/>
- 2015: VENRO: Anforderungen an die Umsetzung der globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung in und durch Deutschland. http://venro.org/publikationen/?no_cache=1&tx_igpublikationen_publicationen%5Baction%5D=list&tx_igpublikationen_publicationen%5Bcontroller%5D=Publikationen
- LAG21: Nachhaltigkeits- und Indikatorenberichte Länder (<https://www.lag21.de/portal-nachhaltigkeit/laender/>), Dokumente über Nachhaltigkeit in den Kommunen (<https://www.lag21.de/portal-nachhaltigkeit/kommunen/>)
- Musterresolution: 2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten. http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/presse/2015/2030-agenda_nachhaltige_entwicklung_sept_2015.pdf
- Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene. http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/resolutionen/charta_gleichstellung.pdf
- Viertes Genderranking deutscher Großstädte 2017. <https://www.boell.de/de/genderranking-2017>
- ICLEI (2015): Die Ziele für Nachhaltige Entwicklung und ihre Bedeutung für Städte und Gemeinden. <http://localizingthesdgs.org/library/232/7/Die-Ziele-fr-Nachhaltige-Entwicklung-und-ihre-Bedeutung-fr-Stdte-und-Gemeinden.pdf>
- Martens, Jens/Obenland, Wolfgang (2017): Die Agenda 2030. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Vollständig aktualisierte und überarbeitete Neuauflage. Bonn/Osnabrück: Global Policy Forum/terre des hommes www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_online.pdf
- Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. New York (UN Dok. A/RES/70/1). <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld>



V Abkürzungsverzeichnis

CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women
CSO	Civil Society Organisation
DGVN	Deutsche Gesellschaft Vereinte Nationen
DNS	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie
LH München	Landeshauptstadt München
MDGs	Millennium Development Goals
MIN	Münchner Initiative Nachhaltigkeit
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance
PPP	Purchasing Power Parity
SDGs	Sustainable Development Goals
RNE	Rat für Nachhaltige Entwicklung
SWAGEN	Support Women in Agriculture and Environment
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global
UDHS	Uganda Demographic and Health Survey
UNRISD	United Nations Research Institute for Social Development
WECF	Women Engage for a Common Future

Created by Nicholas DeForest / Roman J. Sokolov / Rediffusion / Jens Täming / Martin LEBRETON / David Courcy / Bakunetsu Kaito from the Noun Project



10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17



10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17



wecf Women Engage
for a Common Future

www.wecf.org